

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1949

31 (15.3.1949)

WISER TAG

Heute Sportseite!

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

4. Jahr Nr. 31 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Dienstag, 15. März 1949

Kampf gegen den Kriegspakt

Das italienische Volk lehnt Anschluß an den Atlantikpakt ab - Proteststreiks und Friedensdemonstrationen im ganzen Land

Rom. Der Versuch der italienischen Regierung de Gasperis, im Parlament über einen Beitritt Italiens zu dem aggressiven Kriegspakt gegen die Sowjet-Union im Rahmen des Atlantik-Paktes abstimmen zu lassen, ist mißlungen. Die Regierung bekam die notwendigen Stimmen zur Einberufung des Parlamentes nicht zusammen.

Mit zahlreichen Friedenskundgebungen beantworteten die italienischen Arbeiter den von Ministerpräsident de Gasperi angekündigten Beitritt Italiens zum Atlantik-Pakt. Sie legen in vielen Großbetrieben demonstrativ die Arbeit nieder.

In zahlreichen Telegrammen an den Staatspräsidenten, an den Ministerpräsidenten, an den Präsidenten des Senats und Parlaments versicherten die Werktätigen, daß sie der Abenteuer- und Kriegspolitik der Regierung ihren Widerstand entgegensetzen. Die Proteststreiks dauern im ganzen Lande an. Der erste Streik wurde am Freitag in Florenz durchgeführt. Die Arbeiter der Fabrik „Galileo“ stellten ihre Arbeit ein. In Rom waren überall an den Hauswänden große Plakate zu sehen, deren Inschriften den Atlantik-Pakt verurteilten.

Pietro Nenni, der Vorsitzende der sozialistischen Partei Italiens erklärte in der Parlamentsdebatte zum Atlantik-Pakt, die Kammer sei aufgefordert worden, in blindem Vertrauen zu dem Kabinett de Gasperis für einen Pakt zu stimmen, der für Italien ebenso wie für Frankreich keinen Nutzen bringt. Eine solche Abstimmung würde tatsächlich ein Vertrauensvotum für die USA bedeuten. Der Atlantik-Pakt sei mit der UN-Charta unvereinbar, da er nicht dem Frieden diene. Nenni erinnerte an die Worte G. Wilsons, eines Professors des College de France: „Amerika will das Blut der anderen mit seinen Dollars erkaufen“. Die italienische Regierung, die den

Beitritt Italiens zum Atlantik-Pakt wünsche, sei entweder das tragische Opfer einer Illusion oder sie belüge das italienische Volk.

Der italienische demokratische Frauenbund hat alle Frauen des Landes aufgefordert, einen gemeinsamen Protestschritt zu unternehmen und ausdrücklich kundzutun, daß die Frauen Italiens den Frieden wünschen und

Ruhrkumpel sind streikentschlossen

Werktätige im Kampf um höhere Löhne - Demontage und Entlassungen vernichten weitere Existenzen

Bochum. Falls ihre Forderungen auf Lohnerhöhung nicht erfüllt werden, sind die Bergarbeiter entschlossen, sich die Erfüllung ihrer Forderungen durch die Ausrüstung des Streiks zu erkämpfen, erklärt die Bergarbeiter-Gewerkschaft.

Dortmund. Nachdem die Unternehmer die Lohnforderungen der Gewerkschaft Druck und Graphik abgeschlagen haben, brachte eine Betriebsräteversammlung dieser Gewerkschaft zum Ausdruck, daß die Arbeiter bereit seien, „auch das letzte Kampfmittel der Arbeiterschaft anzuwenden“, um ihren Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Düsseldorf. Die Tabakarbeiter Nordrhein-Westfalens verlangen eine sofortige Lohn- und Gehaltserhöhung, wie aus einer Entschließung der Industriegewerkschaft Nahrung und Genuß hervorgeht.

Essen. Die britische Militärregierung hat die Demontage der Landmaschinenfabrik der Kruppwerke angeordnet und den 20. März als endgültigen Demontagestermin bestimmt. Alle Maschinen haben nie irgendwelchen Kriegszwecken gedient und wurden nachträglich auf die Demontageliste gesetzt. In der Mehrzahl handelt es sich um Spezialmaschinen.

Karlsruhe. Die Angehörigen der staatlichen

jeden Pakt, der zu einem Krieg führen könnte, auf das Schärfste zurückweisen.

Atombomber über Deutschland

Washington. Durch die Ankündigung des bevorstehenden Abfluges von drei als Atombomber ausgerüsteten und ausgebildeten Formationen des Flugzeug-Typs DEB nach Europa, erfährt man, daß die Vereinigten Staaten bereits mehrere ausgebildete Formationen für Operationen dieser Art besitzen.

Die drei Formationen werden in drei Abflügen nach Großbritannien abfliegen und in einem durch Westdeutschland, Saudi-Arabien, Dakar und den Atlantischen Ozean abgegrenzten Raum im Laufe der nächsten drei Monaten Übungen durchführen.

und städtischen Betriebe forderten in einer Entschließung, die sie auf einer Versammlung einstimmig annahm, eine 20prozentige Erhöhung der Bezüge und die Aufhebung der Gehaltskürzungen auf Grund der Brüningschen Notverordnung.

Offenburg. Die Generalversammlung der Gewerkschaft der öffentlichen und kommunalen Betriebe und Verwaltungen von Offenburg fordert ebenfalls die Beseitigung der 6prozentigen Abzüge auf Grund der Brüningschen Notverordnung, sowie die Senkung der Lohnsteuer bei Einkommen bis 200 DM.

Kehl. Am Freitagabend sind die Zollbeamten des Kehler Grenzpostens in den Streik getreten. Durch den Streik wartet eine lange Reihe von Wagen auf die Abfertigung.

Frankfurt. Von der neuen Entlassungswelle bei den Eisenbahnen der Bizonen werden nach einer Mitteilung der Pressestelle der Eisenbahn-Oberbetriebsleitung ungefähr 10 000 bis 15 000 Eisenbahner betroffen.

Leipziger Messe — ein voller Erfolg

Mehr als Verdoppelung der Aufträge gegenüber dem Vorjahr — 220 000 Besucher

Leipzig. Am Sonntag wurde die Leipziger Frühjahrsmesse 1949 abgeschlossen. Die vorläufige Gesamthöhe der Exportaufträge, die sich noch wesentlich erhöhen dürfte, beträgt 21 Millionen Dollar. Dies bedeutet eine Erhöhung um 100 Prozent gegenüber den Aufträgen von 1948, die sich auf 10,6 Millionen Dollar beliefen. Etwa 50 Prozent aller Aufträge gehen an die Maschinenbauindustrie, 20 Prozent an die Textilindustrie. Ausgezeichnete Erfolge hatte ferner die Feinmechanik, Optik und der Büromaschinenbau. Besonders ist auch das Abschneiden der Glas- und keramischen Industrie, sowie der Fabrikationen in den Gruppen Chemie, Pharmazutik, Elektrotechnik, Hausrat, Spielwaren und Christbaumschmuck.

Besonders hervorgehoben wird, daß bei den Abschlüssen das Geschäft mit den östlichen und südöstlichen Volksrepubliken den weitest größten Anteil bildete. So hat z. B. Polen allein die Hälfte aller Aufträge im Maschinenbau erteilt. Weit aus an der Spitze der übrigen

Länder steht Indien, gefolgt von den USA, Großbritannien, Kanada, Israel, Südafrikanische Union, Argentinien und Siam. Die führende Stelle bei allen Abschlüssen, sowohl im Export- als auch im Interzonengeschäft, nehmen die volkseigenen Betriebe ein, die damit ihre eindeutige Überlegenheit bewiesen haben.

Insgesamt wurde die Messe von rund 220 000 Personen besucht. Etwa 200 000 davon stammten aus der Ostzone. 17 500 waren Gäste aus Westdeutschland, und etwa 2300 Interessenten und Vertreter von Handelsdelegationen aus dem Ausland.

Die erfolgreichsten, wichtigsten und begehrtesten Artikel der deutschen Produktion auf der Leipziger Messe befinden sich bereits auf dem deutschen Stand der am Sonntag eröffneten Prager Frühjahrsmesse 1949. Hier werden sich weitere Möglichkeiten deutscher Geschäftsverbindungen mit dem Ausland ergeben. Auch in Utrecht wird die deutsche Produktion der Ostzone vertreten sein.

Erfolge des Aufbaus in der Sowjetunion

Moskau. Auf der Plenarsitzung des Obersten Sowjets der UdSSR gab der sowjetische Finanzminister Zwerew einen Überblick über die Erfolge des vergangenen Jahres und betonte, daß sich die sowjetische Industrie 1948 einem Jahre seit Kriegsende.

Der Industrie-Produktionsplan für 1948, so erklärte Zwerew, sei um sechs Prozent übertroffen worden, während sich im Vergleich zu 1947 das Gesamtproduktionsvolumen um 27 Prozent erhöht habe. Große Fortschritte seien auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Erzeugung von Verbrauchsgütern zu verzeichnen gewesen. Die Ende 1947 durchgeführte Währungsreform, die Abschaffung der Rationierung und die im Februar 1949 verfügte weitere Senkung der Einzelhandelspreise bei Verbrauchsgütern seien Beweise für die ständige Fortentwicklung der sowjetischen Wirtschaft.

Der Staatshaushalt der Sowjetunion für 1949 sieht Einnahmen in Höhe von rund 445 Milliarden Rubel und Ausgaben in Höhe von 415 Milliarden Rubel vor. Finanzminister Zwerew erklärte, daß in dem Haushaltsplan des lau-

fenden Jahres 152 Milliarden Rubel für kulturelle und 119 Milliarden Rubel für soziale Zwecke vorgesehen seien. Im Vergleich zum letzten Jahr werden sich in diesem Jahr die Staatseinnahmen um 36,7 Milliarden Rubel erhöhen. Große Bedeutung wese man dem Wohnbauprogramm zu. Für die Weiterentwicklung der Landwirtschaft seien hohe Beiträge vorgesehen, und zwar 32,7 Milliarden Rubel gegenüber 20,5 Milliarden im Jahre 1948.

Preissturz im demokratischen China

Tientsin. Die demokratische Behörde hat in Nordchina eine große Getreidelieferung verteilt. Dies führte zu starken Preisstürzen und zu einer erheblichen Einschränkung des Schwarzen Marktes.

4 Milliarden D-Mark

G.R.L. Bei der monatlichen Besprechung mit den Ministerpräsidenten der französischen Zone teilte General Koenig am 11. März mit, daß von nun an die Einfuhr von Lebensmitteln, Sämereien und Düngemitteln zu einem Umrechnungskurs von 30 Dollarcent für eine D-Mark von den Deutschen selbst zu bezahlen sei. Bisher wurde die Differenz zwischen den Inlandspreisen und den Preisen für die überseeischen Lieferanten durch die „Marshallplankredite“ ausgeglichen. Die amerikanischen Steuerzahler mußten diese Sondersubventionierung ihrer kapitalistischen Oberschicht aufbringen, obwohl die „JEIA“ aus dem zerstörten Westdeutschland so große Mengen an Rohstoffen, Kohle und Stahlschrott vor allem, ausführte, daß nach dem „Wiesbadener Kurier“ die amerikanischen Monopolisten jährlich allein an der Stahlausfuhr 2 bis 3 Milliarden Dollar verdienten.

Der kapitalistische Gehirntrust Amerikas hält jetzt, nach dem Erlaß des Ruhrstatuts und der Einsetzung der in den faschistischen Wirtschaftsmethoden erfahrenen Industriekapitäne Adolf Hitlers zu dienstbeflissenen „Geschäftsführern“ des internationalen Monopolkapitals, die Zeit für gekommen, den breiten Massen der deutschen Bevölkerung die Entziehung neuer Milliarden Dollargewinne für die Geschäftemacher der USA, zusätzlich zu den Milliarden der Besatzungskosten, aufzulegen. Die kapitalistische Restaurierung Westdeutschlands ist nach Ansicht der amerikanischen Monopolherren durch den Marshallplan, durch die räuberische Währungsreform und die freie Profitwirtschaft des Herrn Erhard so weit fortgeschritten, daß die durch jahrelange Hungerkuren irre gemachte deutsche Bevölkerung die Nahrungsmittelfuhr in voller Dollarhöhe zu bezahlen bereit sein wird, um einigermaßen satt zu werden. Sie sind sehr zuversichtlich, die Herren, daß das ohne besondere Schwierigkeiten geschieht. Die deutschen Arbeitermassen, der Mittelstand und die kleinen Sparer haben sich, wenn auch mit Murren, den hinterhältigen Währungsbetrug gefallen lassen, sie haben sich kaum gegen die unerhörte Preissteigerung gewehrt, warum sollten sie jetzt gegen die erneute Verteuerung der Ernährung und gesamten Lebenshaltung rebellieren?

Die Politiker und Journalisten von der SPD bis zur SPD werden auch diesmal versuchen, den um ihre Arbeitslöhne betrogenen Massen nach dem herkömmlichen Protestlärm klar zu machen, es sei eine Illusion anzunehmen, man könne sich gegen diese Entwicklung wehren. Die geschundenen und in ihrem Elend am Rande der Verzweiflung schon fast gleichgültig gewordenen Massen aber werden diesen so oft wiederholten Betrug durchschauen. Sie werden auf die in den letzten Jahren immer ausgesprochenen Warnungen der Kommunisten hören müssen und mit ihnen kämpfen, weil sie nur dadurch eine Aenderung ihrer Lage erzwingen können.

Nach sehr vorsichtigen Berechnungen der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird allein die Angleichung der Getreidepreise an die des Weltmarktes für die Verbraucher der Bizone eine Mehrbelastung von 800 Millionen D-Mark bringen, unter Zugrundelegung der Einfuhrmengen für 1948/49. Es ist selbstverständlich, daß die übrigen Agrarprodukte folgen werden. Die Verbraucher Westdeutschlands werden deshalb für Ernährungskosten mindestens jährlich 3,5 bis 4 Milliarden D-Mark zusätzlich aufbringen müssen, wenn sie auch nur den heutigen Stand ihres Lebensmittelbezugs aufrechterhalten wollen. Das gegenwärtige Volkseinkommen in der Bizone wird mit 45 Milliarden D-Mark angegeben, davon werden 20 Milliarden für Lebensmittel verbraucht. Die in Aussicht stehende Verteuerung bedeutet darum einen erneuten Zuschlag von etwa 20 Prozent zu den bereits um 60 Prozent erhöhten Lebenshaltungskosten.

Es liegt im Wesen der von den bürgerlichen Parteien und der SP-Führung propagierten „sozialen Marktwirtschaft“, daß sich auch die Preise für alle wichtigen Bedarfsgegenstände entsprechend erhöhen werden. Da die Besitzbürger auf die Möglichkeit zu erneuter Bereicherung nicht verzichten werden, muß sich die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten über das schon jetzt unerträgliche Maß hinaus verschärfen. Die durch rücksichtslose Rationalisierungsmaßnahmen zur Steigerung des Profits vorwärts getriebenen Werktätigen werden von ihren armseligen Löhnen — ganz zu schweigen von dem ständig wachsenden Heer der Arbeitslosen — noch weniger als bisher auch nur das Notwendigste kaufen können.

Um die zu erwartende Empörung der von den „menschenfreundlichen“ Marshallkapitalisten und ihren deutschen Trabanten um ihr Lebensrecht betrogenen Massen abzufangen, haben die „Frankfurter Stellen“ einstimmig beschlossen, eine sofortige erneute Preissteigerung — die man gerade jetzt während des Betrugsmanövers mit der „einschneidenden Preissenkung zur Sicherung des Reallohns“ nicht brauchen kann — durch staatliche Zuschüsse an die Importeure aus Steuermitteln „vorläufig“ hinauszuschieben. Als ob es im bürgerlich-kapitalistischen Staate Steuern gäbe, die nicht ebenfalls von den bis zum Weißbluten ausgepreßten arbeitenden Massen aufgebracht werden müßten!

Es gibt nur einen Weg, diese für die Lohn- und Gehaltsempfänger vernichtende Entwicklung aufzuhalten. Schluß mit der Marshallplanpolitik. Schluß mit der Profitwirtschaft der in- und ausländischen Kapitalisten. Schluß mit dem Bonner Theater. Nein zum Ruhrstatut, Nein zum Besatzungsstatut. Kampf um die souveräne, einheitliche, deutsche, demokratische Republik, in der nicht die Konzernherren von der Ruhr, nicht die betriebsamen Geschäftemacher Frankfurts im Auftrag der Wallstreet bestimmen, sondern die arbeitenden Massen des deutschen Volkes, die mit allen Völkern in Frieden leben wollen und ihr Recht auf ein menschenwürdiges Dasein fordern.

Kurz berichtet

Die neuen 5- und 10-Pfennigstücke sollen demnächst in den Verkehr gebracht werden, wie die Bank Deutscher Länder mitteilt.

An deutsche Zivil-Strafgefangene in Frankreich, Jugoslawien, Belgien, England und der Tschechoslowakei darf monatlich ein 5 kg-Paket, an Gefangene in den USA und in Polen ein 2 kg-Paket abgesandt werden, meldet die Oberpostdirektion Stuttgart. Alle Sendungen müssen die Anschrift tragen: „Service de Prisonniers Civils — Zivilgefangenenpost, gebührenfrei“.

Ein Handelsabkommen zwischen Italien und der Ostzone wird gegenwärtig in Leipzig besprochen.

Unter Einsatz seines Lebens rettete ein sowjetischer Offizier bei Klein-Machnow in der Nähe von Berlin drei Personen vor dem Tode des Ertrinkens.

Einheitliche Lebensmittelkarten für ganz Westdeutschland werden ab 1. Mai 1949 eingeführt werden, gab General Koenig auf der letzten Sitzung der Ministerpräsidenten der drei Länder der französischen Zone bekannt.

Reisezüge mit internationalem Anschluß über Berlin-Pasewalk-Stettin und über Berlin-Warschau sieht der neue Sommerfahrplan der Ostzone vor. Außerdem ist eine durchgehende Linie von Kopenhagen über Gedser, Warnemünde, Berlin und Dresden nach Prag geplant.

Die Angestellten der privaten Beerdigungsinstitute aus der Umgebung von Paris und der Provinz haben beschlossen, wegen Unzufriedenheit mit dem Schiedsspruch des Arbeitsministeriums in einen 24stündigen Generalstreik zu treten.

Etwa 4000—5000 Menschen, die nicht lesen und schreiben können, gibt es nach Schätzung von Sachverständigen noch in Oesterreich. Rund 200 000 sollen es nur mangelhaft beherrschen.

Die chemische Industrie in Ungarn produzierte im Jahre 1948 33 Prozent mehr als im Jahre 1938.

Massengräber von 800 sowjetischen Soldaten, die von deutschen Truppen ermordet worden waren, wurden kürzlich in einem Waldgebiet bei Gdansk entdeckt.

Die Sowjetunion schloß ein Handelsabkommen mit Italien über eine Milliarde Dollar, nach dem sie Maschinen, Chemikalien, Glas und keramische Erzeugnisse, Musikinstrumente und Farben liefern wird und dafür Schwefelkies, Schwefel, Hanf und Quecksilber erhält.

Neue Lohnerhöhungen, Verringerung der Gewinnspannen der Truste und Konzerne, Erweiterung des Sozialprogramms für die Arbeiterschaft forderte die amerikanische CIO-Gewerkschaft.

Grundgesetz in seinen entscheidenden Punkten zerrissen

KPD fordert Zurückweisung des Memorandums der Militär-Gouverneure

Bonn. Die KPD-Fraktion hat an den Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Dr. Adenauer, den Antrag gerichtet, eine sofortige öffentliche Sitzung des Hauptausschusses einzuberufen. In der Begründung heißt es: Durch das Memorandum der Militärgouverneure ist der in fast siebenmonatiger Arbeit geschaffene und vom Parlamentarischen Rat gebilligte Entwurf eines Grundgesetzes für den westdeutschen Staat in seinen für die wirtschaftliche und soziale Struktur dieses Staates entscheidenden Punkten zerrissen worden. Mit einem Federstrich der Herren Militärgouverneure sind die Beschlüsse der deutschen Parteivertreter über die Fassung des Grundgesetzes aufgehoben und das vom Rat beschlossene Wahlgesetz annulliert worden.

Die Mehrheit des Parlamentarischen Rates hat für sich dauernd geltend gemacht, daß sie von der Bevölkerung der elf Länder der westlichen Besatzungszonen zur Schaffung eines Grundgesetzes berufen sei, und daß sie aus eigener, in dem Auftrag der Bevölkerung begründeter deutscher Machtfülle zur Schaffung dieses Gesetzes befähigt sei. Sie hat sich ständig gegen die Feststellung gewehrt, daß sie nur den Auftrag erhalten und übernommen hat, gemäß den Anweisungen der Besatzungsmächte eine Verfassung für den von den westlichen Besatzungsmächten befohlenen separaten westdeutschen Staat auszuarbeiten.

Weicht die Mehrheit des Parlamentarischen Rates vor dem Memorandum der Militärgouverneure zurück, so gibt sie damit jeden Anspruch auf das Recht der Selbstbestimmung preis. Schon im Interesse der Wahrung seines Ansehens muß der Parlamentarische Rat gegen diese offensichtliche Verletzung der demokratischen Selbstbestimmung protestieren und das Memorandum der Militärgouverneure zurückweisen. Jeder aufrechte Deutsche fordert die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Durch die Bestimmungen des Memorandums wird aber die Zerreißung Westdeutschlands in kleine und kleinste, ohnmächtige Länder noch gefördert.

„Eine unwürdige Situation“

In einer Presse-Konferenz gab der Sprecher der KPD-Fraktion, Abg. Heinz Renner, Erläuterungen zu dem Antrag seiner Fraktion. Die Situation sei, so führte Renner aus, unwürdig für eine Körperschaft, die sich ein Deutsches Parlament nennt. Nach dem Schritt der Militärgouverneure wäre für den Parlamentarischen Rat das Natürliche und Selbstverständliche gewesen, sofort eine Aussprache durchzuführen, um eine klare Stellungnahme zu beschließen. Stattdessen nahm der interfraktionelle, private sogenannte Fünfer-Ausschuß — unter Ausschaltung der Kommunisten um zwei Mitglieder erweitert — Besprechungen mit den in Bonn anwesenden niederen Militärorganen auf, die nicht das Recht haben, irgendwelche verbindliche Erklärungen abzugeben oder auf Vorschläge einzugehen.

Die Rolle, die der bayrische Ministerpräsident Dr. Ehard bei der Annullierung der seit herigen Beschlüsse des Parlamentarischen Rates spielt, geht aus einer überraschenden Übereinstimmung hervor. Dr. Ehard hielt es für angebracht, den Parlamentarischen Rat zu warnen, etwas anderes zu beschließen als er fordert. Gleichzeitig erließ Omgus Berlin eine

Was sie vom Krawtschenko-Prozeß denken

Aveline: „Heute wie gestern spielt sich ein sehr viel ernsterer und tragischerer Prozeß ab“

Die Pariser Morgenzeitung „Combat“ veröffentlicht die Ergebnisse einer Rundfrage bei verschiedenen Persönlichkeiten über ihre Meinung zum Krawtschenko-Prozeß. Nachstehend die Ausführungen des bekannten französischen Schriftstellers Claude Aveline:

Zunächst ist mir die Klage Kravchenkos sehr merkwürdig erschienen. Die „Lettres Françaises“ waren ja nicht die einzige Zeitschrift, die mit ihm im Streite lag. Selbst in jenem Lande, in dem Kravchenko sich „seiner Freiheit“ gewährt hatte, haben Journalisten sich nicht gescheut, ihm ihre Meinung schwarz auf weiß kundzutun. Es wäre also normal gewesen, wenn Kravchenko zunächst die amerikanischen Journalisten verklagt hätte. Warum aber hat er sich gerade eine Zeitschrift ausgesucht, deren Erscheinungsort so weit von Amerika entfernt liegt?

Die ersten Prozeßsitzungen brachten uns über dieses Problem keinerlei Aufklärung. Bis zu jenem Tage, an dem Kravchenko von der Verteidigung über seine „merkwürdige Wahl“ befragt, folgendes äußerte:

„Die französische Kommunistische Partei ist weitaus wichtiger als ihre amerikanische Bruderpartei. Sie ist der Mühe wert, daß man sich eingehend mit ihr beschäftigt.“

Da hat nun also Kravchenko selbst die wahren Motive seines Prozesses aufgedeckt. Es konnte ja auch in der Tat keine andere geben. Wenn sich Kravchenko verleumdete glaubte, warum hat er nicht, wie das allgemein üblich ist, auf die Veröffentlichung einer „Richtigstellung“ bestanden oder aber auch einen banalen Beleidigungsprozeß angestrengt, wie sie, seitdem Zeitungen existieren, zu hunderten geführt werden? — Kravchenko aber hat einen andern Weg gewählt, den man folgendermaßen definieren kann:

„Im Namen dieser amerikanischen Geheimdienste, die Sie als die wahren Verfasser meines Buches betrachten, bin ich nach Frankreich gekommen, um den Kommunismus dort zu bekämpfen, wo er eben diesen Geheimdienst am stärksten beunruhigt.“

Und seitdem ich das begriffen habe, interessiert mich dieser Prozeß nicht mehr. Mir ist es, wie allen aufrichtigen Menschen, ob sie nun für oder gegen den Kommunismus eingestellt sind, längst klar geworden, daß sie auf ihre Befürchtungen und Ängste durch diesen Prozeß keine Antwort bekommen werden.

Heute wie gestern spielt sich ein sehr viel ernsterer und tragischerer Prozeß ab: Aller

Warnung an den Parlamentarischen Rat, worin es heißt, die Nichtberücksichtigung der alliierten Einwände könne dazu führen, daß das Grundgesetz zurückgewiesen werde und damit praktisch die westdeutsche Entwicklung wieder auf den Stand vor den Londoner Beschlüssen zurückgeworfen werde.

Das entspräche dem unveränderlich von den Kommunisten eingenommenen Standpunkt. Denn wir sind der Überzeugung, daß nur die Wiederherstellung des Zustandes vor den Londoner Beschlüssen, also die Aufgabe des westdeutschen Staates und damit der Zerreißung Deutschlands und das Zurückfinden zu dem auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit gerichteten Potsdamer Beschlüssen die Voraussetzung für eine gedeihliche und den Interessen des gesamtdeutschen Volkes dienliche Entwicklung haben kann.

Ein teures Kabinett

Düsseldorf. Im Hessischen Landtag war die Behauptung aufgestellt worden, Ministerpräsident Arnold erhalte nur 17 000 DM Gehalt im Jahr. Um Klarheit über diese Frage zu

Westdeutsches Grenzland in Gefahr

Es geht um Kohle, Strom und Schürfrechte

Wohl kaum eine Gegend Deutschlands ist jetzt so von Gerüchten erfüllt wie die westlichen deutschen Grenzgebiete bei Holland und Belgien. Jedes ausländische Auto, das durch die Dörfer fährt, wird bereits mit den bevorstehenden Grenzveränderungen in Verbindung gebracht. Ueberall unter der Bevölkerung ist die Unruhe über das Kommende groß. Rund 17 000 Menschen sollen von der Neuregelung betroffen werden. „Wir wollen Deutsche bleiben“, steht auf Straßen- und Häuserwänden in einigen Dörfern.

Aber wollen das wirklich alle? Der Streit um die Grenzberichtigung geht um wirtschaftliche Belange. Die Bauern im Sellkant, einer reichen landwirtschaftlichen Gegend erklären offen: Wir wollen Deutsche bleiben! Wir haben deutsche Schulen besucht, und unsere Kinder haben Deutsch gelernt. Eine alte Bauernfrau, die im Krieg einen Sohn verloren hat, erzählt, „meine Schwester ist Holländerin. Ihr Sohn kämpft in Indonesien. Ich möchte nicht, daß meine drei Jungen drüben in Holland auch Soldat werden müssen.“

Manche kalkulieren auch so: In Deutschland wird ein Ei für 50 Pfennig und ein Pfund But-

ter für 7 DM verkauft. Die Finanzämter sind großzügig und mit den Steuern . . . Nun, da haben die Bauern ja ihre Erfahrung. Drüben in Holland können sie ein Ei nurmehr für 16 Pfennig verkaufen. Milch, Butter und Käse gibt es genug. Aber es gibt auch die Sesselsteuer, die Fenstersteuer, die Gardinensteuer, und die neuen Finanzbeamten werden wohl auch schärfer kontrollieren als die schon bekannten deutschen. Der Bauer im Sellkant fürchtet um seinen Absatzmarkt. Viele Landwirte haben große Obstgärten und konnten bisher ihre ganzen Erzeugnisse nach Aachen, nach Köln, nach Düren, M.-Gladbach liefern. Wer wird ihnen in Holland die landwirtschaftlichen Erzeugnisse abnehmen?

Rentner, Pensionäre, die Zollbeamten mit ihren Familien fürchten die Angliederung an Holland. Dann müssen sie ihre Wohnungen verlassen, wer soll ihnen die Rente weiterbezahlen? Und wohin bei der heutigen Wohnungsnot? Diese Ungewißheit bedrückt viele. Bei den Fragen der Angliederung geht es aber nicht um die Belange der deutschen Menschen, es geht um Kohle, um elektrischen Strom und um die Bodenschätze. Um die große Talsperre und das Elektrizitätswerk bei Schwammenau, um den Bleiberg, in dem reiche Silbervorkommen gefunden worden sein sollen. Es geht um die Urftalsperre und um die Zink AG. Von alliierter Seite hat man sich — so wird erzählt — bereits erkundigt, ob es nicht gleichgültig wäre, ob die Stadt Düren von deutscher Seite oder von belgischer Seite aus mit Strom versorgt wird. Die Holländer wollen nicht das Land, sondern den Keller, das schwarze Gold unter der Erde. Die Limburger Kohlengruben werden in rund 200 Jahren erschöpft sein. Der holländische „Kohlenkommandant“ zeigt Interesse für die Schätze, die unter der deutschen Erde liegen. Es geht um Kohle, um Schürfrechte, um neue Schächte und um neuen Verdienst.

Die Vertreter der Beneluxländer und der westlichen Alliierten sitzen zusammen und beraten, und nach ihren Wünschen gestaltet sich das Schicksal Westdeutschlands. Aber gerade im Grenzland findet die Forderung immer lauter Widerhall: Abzug aller Besatzungsmächte, einen gerechten Frieden und die Einheit aller Deutschen.

Für den Parlamentarischen Rat in Bonn sind es 650 000 DM und für den Bevollmächtigten der Landesregierung in Frankfurt, Minister Dr. Spiecker, für 9 Monate 543 000 DM.

Westdeutsches Grenzland in Gefahr

Es geht um Kohle, Strom und Schürfrechte

ter für 7 DM verkauft. Die Finanzämter sind großzügig und mit den Steuern . . . Nun, da haben die Bauern ja ihre Erfahrung. Drüben in Holland können sie ein Ei nurmehr für 16 Pfennig verkaufen. Milch, Butter und Käse gibt es genug. Aber es gibt auch die Sesselsteuer, die Fenstersteuer, die Gardinensteuer, und die neuen Finanzbeamten werden wohl auch schärfer kontrollieren als die schon bekannten deutschen. Der Bauer im Sellkant fürchtet um seinen Absatzmarkt. Viele Landwirte haben große Obstgärten und konnten bisher ihre ganzen Erzeugnisse nach Aachen, nach Köln, nach Düren, M.-Gladbach liefern. Wer wird ihnen in Holland die landwirtschaftlichen Erzeugnisse abnehmen?

Rentner, Pensionäre, die Zollbeamten mit ihren Familien fürchten die Angliederung an Holland. Dann müssen sie ihre Wohnungen verlassen, wer soll ihnen die Rente weiterbezahlen? Und wohin bei der heutigen Wohnungsnot? Diese Ungewißheit bedrückt viele. Bei den Fragen der Angliederung geht es aber nicht um die Belange der deutschen Menschen, es geht um Kohle, um elektrischen Strom und um die Bodenschätze. Um die große Talsperre und das Elektrizitätswerk bei Schwammenau, um den Bleiberg, in dem reiche Silbervorkommen gefunden worden sein sollen. Es geht um die Urftalsperre und um die Zink AG. Von alliierter Seite hat man sich — so wird erzählt — bereits erkundigt, ob es nicht gleichgültig wäre, ob die Stadt Düren von deutscher Seite oder von belgischer Seite aus mit Strom versorgt wird. Die Holländer wollen nicht das Land, sondern den Keller, das schwarze Gold unter der Erde. Die Limburger Kohlengruben werden in rund 200 Jahren erschöpft sein. Der holländische „Kohlenkommandant“ zeigt Interesse für die Schätze, die unter der deutschen Erde liegen. Es geht um Kohle, um Schürfrechte, um neue Schächte und um neuen Verdienst.

Die Vertreter der Beneluxländer und der westlichen Alliierten sitzen zusammen und beraten, und nach ihren Wünschen gestaltet sich das Schicksal Westdeutschlands. Aber gerade im Grenzland findet die Forderung immer lauter Widerhall: Abzug aller Besatzungsmächte, einen gerechten Frieden und die Einheit aller Deutschen.

Für den Parlamentarischen Rat in Bonn sind es 650 000 DM und für den Bevollmächtigten der Landesregierung in Frankfurt, Minister Dr. Spiecker, für 9 Monate 543 000 DM.

Internationaler Weltfriedenskongreß begeistert begrüßt

Paris. Die Einberufung eines internationalen Weltfriedenskongresses im April in Paris wurde von Millionen sowjetischen Menschen und Einwohnern der volksdemokratischen Länder Osteuropas sowie den fortschrittlichen Menschen Westeuropas in Botschaften an das Komitee für internationale Verbundenheit zur Schaffung des Friedens begeistert begrüßt.

Der deutsche Schriftsteller Anton Kellermann erklärte zu dem Aufruf des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, ein Verbindungskomitee für die Vorbereitungen des Kongresses zu schaffen, mit besonderer Freude begrüße er die Initiative der französischen Männer und Frauen zur Erhaltung des Weltfriedens. Neben den Friedensfreunden Englands und der USA seien zu den Vorbereitungen zum erstenmal auch diejenigen von Deutschland mit einbezogen worden.

Oesterreichische Regierung will Abbruch der Verhandlungen provozieren

Wien. Der Abgeordnete der Kommunistischen Partei Oesterreichs, Ernst Fischer, beschuldigt in einer öffentlichen Erklärung die Regierungen Großbritanniens, der USA und Oesterreichs, den Abschluß der Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag systematisch zu verhindern. Wenn der österreichische Außenminister Gruber den jugoslawischen Vorschlag, der für Oesterreich durchaus annehmbar gewesen wäre, wenigstens als Grundlage anerkannt hätte, wäre heute der Staatsvertrag längst abgeschlossen.

Die Zeitung „Salzburger Tagblatt“ wurde beschlagnahmt, weil sie geschrieben hatte, Gruber provozieren in London mit seiner nachgiebigen Haltung den Abbruch der Verhandlungen über den Staatsvertrag.

Dienerin der Besatzungsmächte genießt keine Autorität

Die Deutschen mögen sagen, daß die Alliierten — wenn sie jeden Paragraphen ganz genau so haben wollen, wie sie es wünschen — die Verfassung am besten selbst entworfen oder zumindest ein ständiges Komitee, das ihre Ansichten vertritt, in Bonn errichtet hätten. Was immer man von der Verfassung halten möge, die entweder als Ganzes oder garnicht beurteilt werden kann, so haben diese Verzögerungen den Plan, den man bei der Londoner Konferenz aufgestellt hatte, gestört. Man hoffte damals, im Februar Wahlen abhalten zu können, und bis April eine deutsche Regierung zu benennen. Kürzlich wurde dieses Programm auf Wahlen für April und Regierung bis Juni verbessert. Sogar dies ist heute zweifelhaft. Der Aufschub selbst mag wenig ausmachen, wenn er nicht grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Behandlung Westdeutschlands aufzeigen würde. Es gibt zwei Hauptdifferenzen neben der über allem stehenden Frage der Sicherheit. Hinsichtlich der Reparationen und Wirtschaftspolitik nimmt die amerikanische Regierung eine viel mildere Haltung ein als die englische und französische. Hinsichtlich der Verfassung wünschen die französische und die amerikanische Regierung beide ein viel föderalistischeres System, mit weniger Machtbefugnissen der Zentralregierung als die Engländer. Weiterhin gibt es eine Schwierigkeit, die weniger offen ausgesprochen wird, aber bei

Pressestimmen

Konferenzen immer auftaucht. Es ist die, daß die Franzosen im Innern ihres Herzens keineswegs von der Weisheit, eine deutsche Zentralregierung zu bilden, überzeugt sind . . . Wenn die deutsche Verfassung irgendwelche Achtung in Deutschland gewinnen sollte, muß sie als eine deutsche Verfassung und nicht als ein von den alliierten diktiert Gesetz erscheinen. Falls eine deutsche Regierung irgendwelche Autorität genießen sollte, so muß sie einwandfrei als deutsche Regierung gesehen werden und nicht als Dienerin der Besatzungsmächte.

Gegen die unberechtigte

Brotpreiserhöhung

Freiburg. Zu der ohne offizielle Genehmigung der zuständigen Stellen durchgeführten Brotpreiserhöhung nahm der Ortsausschuß der Freiburger Gewerkschaften in einer stark besuchten Sitzung Stellung. Die erregte Aussprache fand ihren Niederschlag in nachfolgender, einstimmig angenommenen Entschliebung:

„Der Ortsausschuß der Freiburger Gewerkschaften protestiert mit aller Schärfe gegen die trotz des Einspruchs der Gewerkschaften einseitig durch das Bäckereigewerbe durchgeführte Brotpreiserhöhung, die jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt. Der Ortsausschuß ersucht den Bundesvorstand, mit allen geeigneten Mitteln bei den zuständigen Stellen eine Rückgängigmachung dieser ungerechtfertigten Maßnahme zu erreichen. Die Auswirkung der jetzigen Brotpreisgestaltung zwingt die schlecht bezahlten Käuferkreise, insbesondere die Tausende Sozial- und Kleinrentner, Fürsorgeempfänger und Kriegsversehrentner, zur Abnahme des billigeren und in der Qualität schlechteren Schwarzbrottes, während die sozial Bessergestellten das Weißbrot und Gebäck kaufen können.“

Explosion forderte 17 Todesopfer

Hannover. Im Walzwerk der Hütte Braunschweig in Watenstedt/Salzgitter entstand eine schwere Explosion. Bisher wurden 17 Tote und zahlreiche Schwerverletzte geborgen. Die Halle, in der das Unglück passierte, diente einem britischen Kommando als Schrottkleinereinstelle.

Deutsche werden evakuiert

Erste Opfer der „Grenzberichtigungen“

Wesel. Auf Anordnung der Militärregierung müssen sich alle deutschen Zollgrenzbeamten in dem von Holland beanspruchten Eltener Gebiet mit ihren Familien abmarschbereit halten. Ihre Wohnungen müssen in kürzester Zeit geräumt werden. Die evakuierten Familien sollen vorläufig in einer Notunterkunft in Wesel untergebracht werden.

Gesamtdeutscher VVN-Rat wird in Koblenz tagen

Koblenz. Am 2. und 3. April 1949 tagt der VVN-Rat für Deutschland in Koblenz. U. a. werden der Generalanwalt beim Bayrischen Landesamt für Wiedergutmachung, Dr. Philipp Auerbach, München, Dr. Kogon, Frankfurt und weitere führende Vertreter der VVN aus ganz Deutschland einschließlich der Ostzone erwartet.

100 Zugverbindungen in Rheinland-Pfalz fallen aus

Mainz. Die infolge „Kohlenmangels“ angeordnete Einschränkung des Eisenbahnverkehrs verursacht allein in Rheinland-Pfalz einen Ausfall von 100 Zugverbindungen ab 12. März.

Verringerung der Strom-Exporte?

Freiburg. Die Verhandlungen mit der Militärregierung über den Verzicht auf die badischen Strom-Exporte nach Frankreich hätten zu einem günstigen Ergebnis geführt, erklärte Wirtschaftsminister Dr. Laus auf einer Industriellen-Tagung. Nach einer allerdings noch unverbindlichen Mitteilung der Militärregierung sei zu erwarten, daß mindestens eine, vielleicht auch beide Maschinen des Kraftwerks Ryburg-Schwörstadt dem Badenwerk zur Verfügung gestellt werden.

Aus dem Parteileben

Singen. Am Freitag, den 18. März, 19.30 Uhr, findet im „Sternstübli“ eine Mitgliederversammlung statt. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung wird vollzähliges Erscheinen erwartet.

Times, London, 28. 2. 1949

Kommunisten wären die einzigen Gewinner

Die Kommunisten sind die einzigen, die aus einem Krieg gewinnen könnten. Der erste Weltkrieg hat sie in Rußland an die Macht gebracht, und der zweite hat ihren Einfluß bedeutend gestärkt. Ein dritter Weltkrieg könnte sie ans Ziel bringen. Die Westmächte müssen daher jeden Nerv und jede Sehne anspannen, um einem nochmaligen Kriege vorzubeugen. Daily Mail, zitiert nach Rheinische Post, 9. 3. 49

UNSER TAG / VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1

Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg

Verantwortlich: H. Jerrentrup

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur bei Beifügung von Rückporto

Verlag: Südwest-Verlag eGmbH., (17b) Offenburg

Hauptstraße 115, Postfach 361 Fernruf 2267

Erscheint dienstags, donnerstags und samstags

Bezugspreis monatlich 2.— DM, Postabon. 2.20 DM.

Leipzig hat wieder Weltgeltung

Eine Vielfalt von Neukonstruktionen und Erfindungen

Leipzig (UT). „Die Leipziger Messe ist nicht zu schlagen“. Mit diesen Worten gaben ungezählte Messebesucher, vor allem solche aus dem Westen, ihrer Bewunderung über den reibungslosen Ablauf des Messegeschehens Ausdruck. Besonders wichtig für die Leipziger Messe ist der Beschluß, daß seitens der sowjetischen Besatzungszone nur Waren ausgestellt werden dürfen, die herstell- und lieferbar sind. Geschäftsabschlüsse können innerhalb 24 Stunden bestätigt werden. Zum Unterschied vom Westen Deutschlands, wo durch die JEIA 90 Prozent aller Aufträge beherrscht werden, ist der Auftragsabschluß in der sowjetischen Besatzungszone eine Angelegenheit der deutschen Behörden.

Die Messe in Zahlen

6755 Aussteller zählt die Leipziger Frühjahrmesse 1949 gegenüber 6496 Ausstellern des Vorjahres. Den größten Teil stellt die sowjetische Besatzungszone mit 5711 Betrieben. Trotz der durch die westliche Blockade hervorgerufenen Schwierigkeiten sind die Westsektoren mit 278 Ausstellern und die Westsektoren Berlins mit 301 Ausstellern vertreten. Die Zahl der ausländischen Aussteller hat sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelt und beträgt diesmal 104. Zehn Länder nehmen teils mit amtlichen Kollektivausstellungen, teils durch Einzelaussteller an der Messe teil.

Technischer Fortschritt

Die Anziehungskraft Leipzigs liegt darin, daß es dem technischen Fortschritt und den wirtschaftlichen Veränderungen Rechnung trägt. Dieses drückt sich in unzähligen neuen Mustern aus. Das ist diesmal vor allem auf der technischen Messe, die wie in jedem Frühjahr Hauptanziehungspunkt der Messe ist, zu erkennen.

Von der Vereinigung volkseigener Betriebe Radio- und Fernmeldetechnik Leipzig, wird ein Trägerfrequenzgerät ausgestellt, das die gleichzeitige Uebertragung von acht Gesprächen auf einer Telefonleitung gestattet, ohne daß Störungen auftreten. Eine interessante Neuerung stellt u. a. auch eine registrierende Kassenwaage dar, mit der der Verkäufer nacheinander in kurzer Reihenfolge die verschiedensten Produkte wiegen kann. Die mit der Waage verbundene Registrierkasse errechnet den Preis der Waren und addiert alle Einzelsummen.

Schlager für die Hausfrau

Besondere Beliebtheit bei den Hausfrauen dürfte eine vollelektrische Nähmaschine erlangen, die ebenso leistungsfähig wie eine normale Haushaltmaschine ist und in einem Koffer von 32x32x10,5 cm untergebracht werden kann.

Neuartige landwirtschaftliche Geräte

Ein bedeutender Teil der auf der technischen Messe ausgestellten Landmaschinen und landwirtschaftlichen Geräte ist den Bedürfnissen der Neubauern-Betriebe angepaßt. So zeigt der volkseigene Leipziger Landmaschinenbetrieb einen Stielradpflug mit 16 cm Arbeitstiefe. Besonders Interesse der Einkäufer findet der Vorrat- oder „Schatzgräber“ mit Zapfwellenantrieb, der in zweifacher Ausführung geliefert werden wird und zwar als Kartoffelroder mit Seitenkrautschläger und als Rübenrodemaschine und Sammelvorrichtung. Eine Berliner Firma tritt mit einer neuartigen Handhämaschine in Erscheinung, dessen Vorteil gegenüber den bisherigen Konstruktionen darin liegt, daß jedes Korn in dem vorgesehenen Abstand ausgestreut wird und damit eine Saatgutersparnis bis zu 80 Prozent erzielt werden kann.

Neue Kleinbild-Spiegelreflexkamera

Eine Sensation der technischen Messen bildet die von den Zeiß-Werken, Jena, ausgestellte Contax-S mit Biotar 1:2. Bei dem neuen Apparat erscheint das Mattscheibenbild im Sucherdurchblick, und zwar seitenrichtig, aufrecht auch bei Hochformataufnahmen in natürlicher Größe und frei von Parallaxen und störenden Reflexen. Als Verschluss dient ein Schlitzverschluss von eins bis eintausendstel Sekunde.

Ein riesiges astronomisches Fernrohr (Gewicht 2400 Kilogramm), das gleichzeitig für subjektive Beobachtung und zur Himmelsfotographie eingerichtet ist, überragt in seinen Dimensionen die gesamte Halle. Eine weitere Neuheit stellt ein Schulfernrohr dar, das zur Erweiterung des naturwissenschaftlichen Unterrichts gedacht ist.

Die medizinische Technik wartet mit einem Kopf-Kryptoskop auf, das am Kopf befestigt werden kann und in Verbindung mit einem kleinen Röntgenapparat eine Röntgenbeleuchtung mit gleichzeitigem Durchblick des Operateurs ermöglicht.

Konkurrenzlos in Qualität und Preis

Die hochqualifizierten Musik- und Spielwaren der volkseigenen Betriebe auf der Leipziger Messe sind nach schwedischen Außenberungen auf dem Weltmarkt ohne Konkurrenz. Holländische Einkäufer schlossen bereits am ersten Tag mit einem Betrieb der volkseigenen Betriebsvereinigung „Musik- und Spielwaren“ Verträge über die Lieferung von Mundharmonikas im Werte von 140 000 holländische Gulden ab.

Neue Textilwaren

Die Textil- und Bekleidungsbranche zeigt in diesem Jahr eine Fülle hochwertiger Qualitätswaren. Als Neuerung ist ein Damenstrumpf zu vermerken, der in einem Arbeitsgang erzeugt werden kann. Die einfache Randherstellung bedeutet eine Arbeitersparnis von 60 Prozent. Auf textiltechnischem Gebiet taucht ein neuer Schwefelfarbstoff auf, der anstelle von Indanthrenfarbstoffen verwendet werden kann.

Bei der Damenbekleidung läßt sich eine Anpassung an den „New Look“ feststellen. In der Herrenmode herrschen nach wie vor die typisch deutschen kurzen Jacken und weiten Hosen vor. Die thüringische Knopfindustrie hat eine neue Preßmasse erfunden. Den Messeschlager für die Hausfrauen stellt ein neuartiges Scheuertuch dar, das ein Thüringer volkseigener Betrieb in Würfelmusterung herstellt.

Niedrige Preise

Die Preise für alle aus der Ostzone angebotenen Waren entsprechen durch den Preisstop der sowjetischen Zone den Einheitspreisen von 1944. Sie liegen dadurch in allen Artikeln unter den westdeutschen Preisen.

Die Reihe der Neukonstruktionen und Erfindungen, die auf der Leipziger Messe gezeigt werden, ist mit dieser kurzen Uebersicht keineswegs erschöpft. Sie beweist, welch gewaltigen Schritt vorwärts die Industrie der sowjetischen Besatzungszone getan hat. Ein bekannter schwedischer Kaufmann stellte bei seinem Rundgang durch die Ausstellungshallen der Technischen Messe fest, daß die Leistungen der volkseigenen Industrie sowie die zahlreichen Neuentwicklungen in der Produktion alle ausländischen Kaufleute zwingen, in Zukunft die Leipziger Messe zu besuchen.

Werktätige bezahlen die „Luftbrücke“

Kiel. In Schleswig-Holstein gingen im Monat Februar 71 529 DM von Körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmern ein, die für das „Notopfer Berlin“ an Frankfurt abgeführt wurden. Den Lohn- und Gehaltssteuerpflichtigen wurde fast der zehnfache Betrag abgezogen; er betrug 649 207 DM. Die Zahlungen der Einkommensteuerpflichtigen mit 258 884 DM sind erheblich niedriger.

Noch krassere Unterschiede weist der bisher nach Frankfurt überwiesene Gesamtbetrag für Schleswig-Holstein auf. Es wurden abgeführt: 1 192 830 DM von Lohn- und Gehaltsempfängern, 725 742 DM von Einkommensteuerpflichtigen und 182 544 DM von Körperschaftsteuerpflichtigen.

Was unsere Lesee schreiben:

Einlösung der Kriegsgefangenenzertifikate

Ein Leser schreibt uns: „In Ihrer Zeitung Nr. 27 habe ich die Notiz „Einlösung der Kriegsgefangenenzertifikate“ gelesen.“

Ich kam am 1. 5. 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Mir wurde ein Betrag von 240 Mark nebst Uhr und sonstigem Eigentum weggenommen. Als Quittung habe ich eine Tracht Prügel bekommen. Als Unterlage, daß meine Angaben auf Wahrheit beruhen, kann ich die Adresse eines Kameraden angeben, den das gleiche Schicksal betroffen hat.

Die Herren, die den Artikel in die Zeitung gesetzt haben, möchten einmal alle diejenigen, denen es genau so ergangen ist, fragen, wo wir unser Recht bekommen. Aber ich kann jetzt schon sagen, was wir für eine Antwort bekommen; die gleiche, wie in Wilhelms Zeiten: der Dank des Vaterlandes ist Euch gewis.

K. S. Oberkirch

Unterschriftensammlung

Allen Weltbanditen, die die Fabrikation und kriegerische Anwendung der Atombombe irgendwie unterstützen, gehört von der zahlenmäßig so unvergleichlich größeren Uebermacht der friedliebenden Menschheit das verbrecherische Vernich-

tungshandwerk rücksichtslos für immer gelegt. Daß Sie in Ihrer Zeitung diesen Gedanken in weiteste Kreise zu verbreiten energisch bemüht sind, verdient alle Würdigung und Unterstützung. Was hätte es noch für einen „Sinn“, in Familien, Schulen, Kirchen und manchen sonstigen Gemeinschaften des Erdballs neben vielen anderen zu verkünden: „Gott schuf den Menschen zum Bild“ und „Du sollst Deinen Nächsten lieben wie dich selbst“, wenn man sich nicht international mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf das Alleräußerste dagegen wehrt, daß eine profitgierige, gewissenlose, übersatanische Machtgruppe durch Anfertigung und Benützung der Atombomben vor der ganzen sogenannten „christlichen“ wie auch der übrigen Welt sowohl „Gott“, wie die fast gesamte Menschheit restlos beleidigt und verhöhnt. Wer hier ohne erbittertesten Protest und ohne innere Regung gleichgültig abseits steht, der hat bereits schon das Höchste, nämlich sein Menschentum verloren, das ihm vom Tier unterscheidet sollte. Wer als Mensch noch etwas auf sich hält und sich noch etwas, gesunde Vernunft bewahrt hat, wird sich ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit der Widerstandsbewegung anschließen zu seinem eigenen Heil und zum Glück der ganzen Welt! Aus eigener Erfahrung weiß ich, was „Krieg“ und „Bomben“ bedeuten.

Wildwest 1949

Gangstermethoden in USA

Martinsburg (Westvirginia). Die etwa hundert Reisenden des Schnellzuges Baltimore—Detroit erleben ein Abenteuer, das den kühnsten Wildwest-Vorstellungen entspricht. Vier bewaffnete Banditen zogen die Notbremse und brachten den Zug in der Nähe einer Bahnstation zum Stehen. Mit vorgehaltenem Revolver machten sie sich an die sorgfältige Ausplünderung jedes einzelnen Reisenden. Nachdem sie ihr Geschäft beendet hatten, zwangen sie den Lokomotivführer bis zu einem Gleisübergang zu fahren. Dort plünderten sie noch das Zuggespann aus und entflohen mit einem Auto, das sie vor einem Gasthaus stahlen.

Das Blut seiner Opfer getrunken

London. John George Haigh, welcher im Anschluß an die Mordaffäre von der reichen Witwe Mrs. Durand aus Kensington, deren zerstückelter Frauenkörper in mit Schwefelsäure angefüllte Behälter geworfen wurde (s. UT vom 8. 3.) unter Mordverdacht stand, ist inzwischen verhaftet worden. Er hat ein volles Geständnis abgelegt. John George Haigh geht in die Gerichtsakten der Welt als erster Vampir ein. Den Erklärungen zufolge, die er Scotland Yard gemacht haben soll, hat er das Blut seiner Opfer getrunken. Haigh ist angeklagt, sechs Personen ermordet zu haben. Man vermutet, daß noch drei weitere Personen durch ihn ermordet wurden.

Schmuggel nimmt riesenhafte Ausmaße an

Lörrach. Nach dem Bericht der Zollfahndungsstelle Lörrach wurden im Verlaufe einer einzigen Woche folgende Schmuggelwaren beschlagnahmt: 6 500 kg Bohnenkaffee, 10 000 kg Schokolade und 2 000 kg Kakao. Die Waren waren sämtliche als Liebesgaben getarnt.

Einer Schmugglerbande ist es gelungen, 20 000 Tafeln Schokolade in Zürich „einzukaufen“ und mit einem Reingewinn von 500 Prozent in Deutschland abzusetzen. Aus dem Erlös wurden hochwertige Maschinen in Deutschland eingekauft und dann in der Schweiz mit einem Riesengewinn abgesetzt.

Dieser Schmuggel, der weitgehendst zur Zerrüttung der deutschen Wirtschaft beiträgt, wird von großen, internationalen Organisationen durchgeführt, deren Verbindungen besonders von den west- und ost-europäischen Hauptstädten nach den Zentren des Schwarzen Marktes in Deutschland gehen.

Suchdienst

Der SERVICE DES PERSONNES DEPLACEES, Schloß Rastatt, Baden, bittet um Auskunft über das Schicksal oder die jetzige Adresse der folgenden vermißten Personen:

- BERNARDY Jules, am 9. 6. 1921 geb.; am 16. 5. 43 einberufen; Feldpost-Nr. 06 329 E; war zuletzt in der Gegend von Fucinos (Lettland).
- BERNHARDT Alfred Marcel, am 17. 1. 1944 geb.; BERNHARDT Georges, am 20. 6. 1911 geb.; einberufen nach Schirnum (6).
- BETTING Josef, am 3. 12. 1914 geb.; am 25. 6. 1943 einberufen. Letzte mil. Adresse: Inf.-Panzerjäger-Ausb.-Komp. 238 Kolberg (Weidensee); befand sich am 4. 12. 1944 in Zichenau (Polen); sei in einem Gefangenenlager in Tambow gewesen.
- BICK Joseph, am 13. 3. 1906 geb.; am 12. 11. 1944 einberufen; letzte Nachricht vom 16. 11. 1944.
- BIEBER Marcel, am 19. 9. 1923 geb.; am 16. 1. 1943 einberufen; in einem Lager in Tambow im Dezember 1943 gesehen; vermißt am 4. 7. 1944 in Rakert (Minsk); Feldpost-Nr. 30 099 B.
- BIELMANN Louis Philipp, am 1. 4. 1917 geb.; am 27. 7. 1943 einberufen.
- BITTINGER Ernest, am 19. 3. 1917 geb.; am 27. 7. 1943 nach Fürstenwalde am Spree einberufen. Letzte mil. Adresse: Feldpost-Nr. 11 670; am 6. 6. 1944 in Postar (russische Front).
- BITZBERGER Robert, am 14. 9. 1912 geb.; am 20. 4. 1944 einberufen; letzte Adresse: Feldpost-Nr. 23 813 B.
- BLANNER René, am 31. 1. 1919 geb.; am 26. 6. 1943 einberufen; Feldpost-Nr. 06 273; zuletzt bei Jaslo (polnische Front); letzte Nachricht vom 21. 10. 1944.
- BLANNER Robert, am 12. 5. 1926 geb.; am 24. 2. 44 einberufen.

Wie hören im Rundfunk

Südwestfunk

Mittwoch, 11.30 Uhr Sang und Klang aus dem Schwabenland; 12.10 Freiburger Rundfunkorchester; 13.15 Musik nach Tisch; 16 Musik zur Teestunde; 18.15 Steinzeitmusik in unserer Heimat; 19 Welt des Sports; 19.15 Kleine Abendmusik; 20 Scheinwerfer auf Klingende Filmschau; 21 Das Prisma, Orchesterkonzert; 22.30 Heinz Hilbert liest H. Heine; 23 Tanzmusik.

Donnerstag, 12.10 Uhr Mittagskonzert! 13.15 Musik nach Tisch; 16 Nachmittagskonzert aus Werken von Weber, Tschaiakowsky, Mendelssohn-Bartholdy; 17.30 Unterhaltungsmusik; 18.15 Kammermusik von Konradin Kreutzer; 19.15 Kleine Abendmusik; 20 Ein Tanzabend; 21 SWF-Reporter berichten; 21.30 Das aufschlußreiche ABC; 22.30 Johann Sebastian Bach! 23.10 Der Dichter Ernst Hemmingway; 23.25 Préludes von Debussy.

Berlin und Deutschlandsender

Sendung für Westdeutschland täglich von 5—7 und 21—21.30 Uhr.

Nachrichten: 5, 6, 7, 13, 16, 17, 19, 22, 24 Uhr. Nach den 19 und 22 Uhr Nachrichten „Kommentar des Tages.“

Mittwoch 12 Uhr Zeitungsschau für Westdeutschland; 12.45 Uhr Landfunk; 13.10 Quer durch Deutschland; 14 Aus dem Kulturleben; 17.45 Blick in die Welt; 18.30 „Neues Deutschland“ Westausgabe; 21.30 Volkslieder der Nationen; 22.20 Deutschlands Stimme; 23.05 Das Meisterwerk: Haydn, Oxford-Symphonie.

Schlußstriches bedurfte, so war es die eben gehörte Geschichte.

Berenike saß aufrecht, ein wenig blaß, aber sehr ruhig da und betrachtete Pádrele mit jener Neugier, mit der ein Besucher des Zoologischen Gartens einen sehr starken sehr gefährlichen und sehr häßlichen Affen im Käfig betrachtet.

Fortsetzung Mittwoch.



28. Fortsetzung

„Ich scherze nicht im geringsten, bester Ogastes!“ bekräftigte triumphierend Pádrele. „Wenn man die Ausgaben für Fahrt und Beköstigung nicht rechnet, hat es mich ganz und gar nichts gekostet. Null!“

„Und mit seiner rosigen, unwahrscheinlich glatten Hand beschrieb er zur Bekräftigung einen Kreis in der Luft.“

„Wissen Sie“, begann er, als der letzte Lachanfall im Verehben war. „wissen Sie, nach einigem Handeln hatten sich der Arzt und ich auf hunderttausend geeinigt.“

Wäre Pádrele von seinem Erzählen nicht so in Anspruch genommen, so hätte er sehen müssen, wie Berenike bei dem Wort „Handeln“ zusammenzuckte. „Handeln“ also bezeichnete er diesen Vorgang, dessen Zeugin sie an jenem jetzt so fernscheinenden Abend gewesen ist.

„Achtundvierzigtausend wollte ich in bar zahlen und den Rest nach meiner Rückkehr aus der Stadt der Großen Kröten überweisen. Alles verlief glatt und ruhig. Ich wohnte in irgendeinem Loch, beklagte mich aber nicht. Doch am allerletzten Tag gerieten wir irgendeines Blödsinns wegen aneinander. Der Doktor wollte sich plötzlich aufspielen. Ich hatte mich nicht so ganz, wie er es wünschte, sozusagen ohne den schuldigen Respekt über seine Berufskollegen geäußert. Du lieber Himmel, Verehrtester, Sie können sich Ihre Götter auf einen beliebigen hohen Sockel stellen, nur bitten ich Sie untertänigst, mein Bester, verlangen Sie nicht, daß Aurel Pádrele gleichfalls Ihre fadenscheinigen Götter anbetet, diese Götter, denen oft genug das Geld für ein Versuchskaninchen ausgeht.“

Pádrele warf einen raschen Blick auf Berenike. Er hielt es nicht für notwendig, den Stand,

den sie verlassen hatte, zu schonen. Jetzt gehörte sie zu seinem Kreis, und ihre frühere Umgebung hatte in ihr höchstens das Gefühl mitleidiger Verachtung auszulösen. Er rechnete mit Berenikes Beifall zu seiner Rede. Aber Berenike schwieg, und ihr Gesicht bewahrte den Ausdruck unbegreiflicher Gleichgültigkeit.

„... Ich beschloß natürlich, sofort abzureisen. Also schickte ich ihm in einem Umschlag achtundvierzigtausend und eine schriftliche Bestätigung, daß ich ihm den Rest von zu Hause überweisen werde. Und nun, Ogastes, können Sie sich so etwas vorstellen? — Nun erlaubt sich also dieser armselige, unbemittelte Provinzarzt — er schwelgt nicht im Überfluß, wahrhaftig nicht, Sie können es mir glauben! — dieser Mann also erlaubt sich eine große Gestel Ein Mensch, der keinen Pfennig besitzt, nimmt sich die Freiheit, mir mein Geld ins Gesicht zu werfen! Er schiekt mir den Umschlag durch sein Dienstmädchen zurück! Sieh einer an, er ist nicht geneigt, von mir Geld anzunehmen! Nun — dann eben nicht! Und wissen Sie, Ogastes, dieses Geld ist mir außerordentlich gut-zustatten gekommen. Denn ich möchte ja gern mein Inkognito bis übermorgen wahren. Anderes Geld hätte ich aber nicht mehr bei mir. Und leihen hätte ich auch nirgends welches gekonnt, ohne mein Inkognito zu liften.“

Es war ein Jammer, Ogastes Carb anzuschauen. Er saß wie vom Donner gerührt, unfähig, auch nur ein Wort zu sagen. Er verstand zwar, daß Pádrele sein Schweigen als eine Mißbilligung dieser ganzen Geschichte auffassen könnte, vermochte aber nicht, mit sich fertig zu werden. Es war nicht die Handlungsweise Pádreles, die auf Herrn Carb einen so schmerzlichen Eindruck gemacht hatte, sondern das Benehmen dieses unbekanntes Arztes. Er

Wiederbelebung der Volksbühnen-Bewegung

Bestrebungen der Freiburger Gewerkschaften zur Hilfe für das Theater

Der Ueberhang an Zahlungsmitteln vor der Währungsreform brachte es mit sich, daß für kulturelle Zwecke, wie Theater-, Kino- und Konzertbesuch das Geld sehr locker saß. Die Veranstaltungen waren meistens übersetzt. Das wurde mit einem Schlag nach der Währungsreform anders. Ueberall sah man dasselbe Bild: schwachbesuchte Theaterveranstaltungen und Konzerte. Auch das Kino wurde zunächst betroffen, erholte sich aber schnell wieder. Bei anderen kulturellen Veranstaltungen hingegen ist der frühere Besucherstrom bis heute noch immer in weitgehendstem Maße versiegt.

Ist nun das Interesse an derartigen Veranstaltungen so stark zurückgegangen, weil das Dargebotene dem Geschmack des Publikums weniger zusagt und die Erwartungen der Besucher nicht erfüllt werden, oder sind es wirtschaftliche Gründe? Wenn man die wieder gefüllten Kinos betrachtet, so könnte man glauben, daß die wirtschaftliche Frage keine Rolle spielt.

Die kleinen Lohn- und Gehaltsempfänger ziehen den Besuch des Kinos vor. Aber warum sind sie kinofreudiger? Man kann ruhig sagen, daß dafür finanzielle Gründe ausschlaggebend sind. Ein Kinoplatz belastet den Geldbeutel kaum halbsoviel wie ein Theaterplatz. Das Problem der Hebung des Theater- und Konzertbesuches ist in erster Linie eine Frage der Höhe der Eintrittspreise. Gelingt es, die Theaterpreise für weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung erträglich zu gestalten, so werden manche Kinobesucher das ausgegebene Geld dem Theater zuwenden und dort ständige Besucher werden. Auf diese Weise könnte man weitere Kreise für das Theater gewinnen, die bisher noch abseits standen.

Schon lange vor dem ersten Weltkrieg hatte die Frage der Erfassung der großen Massen für das Theater eine bedeutende Rolle gespielt. Obwohl kein Kino vorhanden war, galt es, die genannten Kreise für den Theaterbesuch zu interessieren. Weiter sollte erreicht werden, daß auch Autoren mit Stücken zu Wort kamen, die wegen ihrer sozialen und revolutionären Tendenz von den reaktionären Kreisen abgelehnt wurden. Sogenannte Besuchergemeinden garantierten volle Häuser und die zur Erhaltung der Bühnen notwendigen Einnahmen. Die erste Gründung einer solchen Besuchergemeinde wurde 1890 in Berlin vorgenommen, wo intellektuelle Persönlichkeiten die „Freie Volksbühne“ schufen. Ihr Bestehen ermöglichte es, Stücke von Gerhard Hauptmann, Ibsen usw., die auf den anderen Bühnen totzuschweigen versucht wurden, doch zur Ausführung zu bringen.

Das Berliner Vorbild setzte sich trotz aller Widerstände der Zensurbehörden und Bürokratie durch und wurde Ausgangspunkt einer Bewegung, die bald in anderen deutschen Städten, wie Köln, Hamburg, Hannover, Bielefeld usw., neue Besuchergemeinden schuf. Schon 1914 war es soweit, daß die Berliner Volksbühnenbewegung ein eigenes modernes Bühnenhaus in Benutzung nehmen konnte. 4 1/2 Millionen Mark waren dafür aufgebracht worden, und mit 2000 Plätzen war es das größte und schönste Theater der Hauptstadt. „Die Kunst dem Volke“ lautet die in großen goldenen Lettern angebrachte Inschrift an der Stirnseite des Gebäudes.

Die Nachkriegszeit nach 1918 brachte die Ausbreitung der Volksbühnenbewegung über ganz Deutschland. Auch Freiburg zählte im Jahre 1928 rund 2500 Mitglieder in seiner „Freien Volksbühne“. Daneben entstand noch der „Bühnenvolksbund“, der ebenfalls in den größten Städten, auch in Freiburg, Fuß faßte. Das Naziregime „übernahm“ unter Ausschaltung der bisherigen Leistungen 1933 alle von den großen Massen zum Teil unter erheblichen Opfern aufgebauten Organisationen und suchte mit Hilfe der KdF die Organisation des Theaterbesuches fortzuführen. Selbstverständlich bedeutete die Ausschaltung oder die

Verweigerung auch nur eines Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder auf Leitung und Spielplan eine völlige Verfälschung des Volksbühnengedankens.

Seit 1945 sehen wir zwar einen starken Wiederaufbau des Theaterlebens. Indessen stand die Frage des Wiederaufbaues der Volksbühnenbewegung nicht so unmittelbar auf der Tagesordnung, weil die Theater auch ohne Organisation des Besuches überfüllt waren. Nach der Währungsreform aber ist die Situation ganz anders. Zwar hat die einsetzende Propaganda für die Wiederbelebung des Theaterbesuches kleine Erfolge gezeigt, aber eine große Masse ständiger Theaterbesucher ist nicht vorhanden. Sollte da nicht wieder der Weg eingeschlagen werden, der schon vor 1933 einem großen Teil des werktätigen Volkes den Theaterbesuch ermöglichte?

Von diesem Gedanken ausgehend, hat der Ortsausschuß der Freiburger Gewerkschaften

Ortsausschuß der Freiburger Gewerkschaften

Gegen Preiserhöhung für Brot, Eier und Fleisch

In der Versammlung des Ortsausschusses der Freiburger Gewerkschaften löste die Tatsache der Preiserhöhungen für Brot und Eier und die in absehbarer Zeit zu erwartende Fleischerhöhung den heftigsten Protest aus. Es wurde festgestellt, daß der Preis für Brötchen jetzt sogar höher liegt, wie der der Bizone, und daß — abgesehen von der unterschiedlichen Mehlerzeugung für Brot — die Preiserhöhung rücksichtslos gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung erfolgte. Der erhöhte Preis für die derzeit zur Ausgabe gelangenden Eier zu 30 Pfg. pro Stück wurde ebenfalls kritisiert und dazu bemerkt, daß zu diesem Preis in der Bizone Eier frei verkauft werden. Hinsichtlich der Fleischversorgung stellte man fest, daß die Kühlschränke der Freiburger Metzger überfüllt seien, während für die Bevölkerung nach wie vor nur geringe Mengen aufgerufen würden. Diese Tatsache habe dazu geführt, daß Metzger Fleisch frei und zu Schwarzmarktpreisen abgaben.

In einer Resolution an den Bundesvorstand kommt zum Ausdruck, daß die arbeitende Bevölkerung angesichts der andauernden Preiserhöhungen und der sich kaum bemerkbar machen^{den} Lohnerhöhungen mit diesen Maßnahmen nicht einverstanden sein kann. Der Ortsausschuß erwartet, daß der Gewerkschaftsbund die notwendigen Schritte bei den zuständigen Stellen unternimmt.

Ein lebhaft diskutierter Tagesordnungspunkt war die Forderung der Angestellten-Gewerkschaft auf Einführung des freien Samstag-Nachmittages. Die meisten Kollegen sprachen sich gegen die Schließung der Läden am Samstag-Nachmittag aus; grundsätzlich bestand aber die einmütige Auffassung, daß die im Einzelhandel beschäftigten Kollegen und Kolleginnen einen freien Nachmittag in der Woche erhalten müssen.

Zum diesjährigen 1. Mai fand der Vorschlag, diesen Tag zusammen mit den Parteien zu feiern, volle Zustimmung. In das vorbereitende Komitee wurden 7 Kollegen und Kolleginnen gewählt.

Es wurde mitgeteilt, daß sich nunmehr die Beamten in einer eigenen Organisation den Gewerkschaften angeschlossen haben. Bestrebungen für den Anschluß der Lehrer an die Gewerkschaften sind im Gange. Um die brennende Frage der Existenz des Freiburger Stadttheaters vonseiten der Gewerkschaften, eine sogen. Theater-Besucher-Vereinigung zu gründen.

Ein dem Ortsausschuß zugegangenes Schreiben des Freiburger Frauenkomitees gegen die Atombombe, in dem um die Unterstützung der Gewerkschaften für die Unterschriftensammlung zur Aechtung der Atombombe erbeten wird, wurde zur weiteren Behandlung dem Gewerkschaftsbund zugeleitet. Obwohl sich zahlreiche Kollegen für die Unterstützung dieser dem Frieden dienenden Aktion ausgesprochen hatten, glaubte anscheinend

Schritte unternommen, um wieder eine Theaterbesuchergemeinde ins Leben zu rufen. Der Vorsitzende des Ortsausschusses, Kappes, hat in einer geschlossenen „Carmen“-Aufführung der Gewerkschaften vor kurzem den Werbefeldzug für die Gründung einer Gemeinde in Form der „Freien Volksbühne“ und des „Bühnenvolksbundes“ eröffnet. Das Interesse bei den Werktätigen dafür ist vorhanden, es gilt nur, die organisatorischen Vorbereitungen zur Zusammenfassung der Theaterfreunde zu treffen. Wenn nur jeder dritte Freiburger einmal monatlich das Theater besucht, ergibt das für jeden Spieltag 1000 Besucher, wozu noch die Auswärtigen kämen.

Auf dieser Basis ist es also unbedingt möglich, eine Volksbühne zu erhalten. Es wäre zu wünschen, daß die Bemühungen, die im Gange sind, bald von Erfolg gekrönt sind und eine starke Theaterbesucher-Organisation den Erhalt des Theaters ermöglicht.

der Vorstand des Ortsausschusses nicht kompetent dazu zu sein, eine vorerst in Freiburg stattfindende Aktion in eigener Verantwortung zu unterstützen.

Die Bekanntmachung, daß nunmehr der Antrag auf Rückgabe des Gewerkschaftshauses von der Genossenschaft gestellt wurde, wurde begrüßt. Es können nunmehr weitere Mitglieder in die Genossenschaft des Gewerkschaftshauses aufgenommen werden.

Zum Schluß wurde die Frage der zur Schulentlassung kommenden Jugend aufgeworfen, für die eine sehr ernste und schwierige Situation entsteht, weil für rund 5000 Schüler, die in diesem Jahr die Schule verlassen, nur 135 Lehrstellen beim Arbeitsamt gemeldet sind. Es wird sich zwangsweise ergeben, daß die Schaffung von Lehrwerkstätten in städtischen und größeren Privatbetrieben vorangetrieben werden muß. In Erwägung gezogen wurde auch die Einführung eines neunten Schuljahres, um zu verhindern, daß eine große Zahl von Jugendlichen arbeitslos auf der Straße liegen muß.

Gewerkschaften Lehr

Verband der Angestellten und der freien Berufe

Lahr, Am Dienstag, 15. März, 20 Uhr, findet im Gasthaus zum „Falken“ unsere Monatsversammlung statt. Zugleich beginnen die regelmäßigen Kurzreferate des Koll. Andr. Maier über Steuerfragen. (Steuerermäßigung für Lohn- und Gehaltsempfänger.) In Anbetracht der Wichtigkeit erwarten wir rege Beteiligung.

Mit allen Mitteln für höhere Löhne

Freiburg. Die Landesvereinigung der Gewerkschaften Nahrung, Genuß und Gaststätten hielt am 5. und 6. März ihre Landeskonferenz ab. Aus den Geschäftsberichten ging hervor, daß eine umfangreiche Arbeit geleistet worden ist und die Mitgliederzahl eine erfreuliche Zunahme erfahren hat. In der Aussprache wurde mit aller Deutlichkeit unterstrichen, daß die abgeschlossenen Lohnverhandlungen in keiner Weise der Preisentwicklung entsprechen. Die Delegierten betonten einmütig, daß die Gewerkschaften mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für eine Entlohnung eintreten müßten, welche den dringendsten Lebensbedürfnissen entspricht.

Dem Landesvorstand und dem Geschäftsführer wurde einstimmig Entlastung erteilt und ihre Wiederwahl bestätigt. Dem Landesvorstand gehören an: Weber, Freiburg, (1. Vorsitzender); Rittweller, Lahr, (2. Vorsitzender); Glockner, Fassrinner, Amann, Liepelt, sämtliche in Freiburg.

Der trizonale Zusammenschluß der Gewerkschaften wurde grundsätzlich befürwortet und zwei Kollegen zu dem hierzu vorgesehenen Kongreß gewählt.

Ueber die neue Betriebs- und Wirtschaftsverfassung referierte Kollege Hohlwegler aus Singen. Er behandelte die wirtschaftliche Entwicklung nach 1933 und wies nach, daß der wirtschaftliche Aufbau nach 1945 nur durch die Arbeiterschaft möglich war. Das hätten weite Kreise der Unternehmer bereits vergessen, was sich in ihrem Verhalten gegenüber den berechtigten Forderungen der Gewerkschaften äußere. In diesem Zusammenhang sprach Koll. Hohlwegler über die Bedeutung des Betriebsrätegesetzes das in Unternehmerkreisen Widerstand finde, woraus auch die Verzögerung der Betriebsräte-Wahlordnung erklärt werden müsse.

Wieder Abteile 2. Klasse

Baden-Baden. Die Pressestelle der Eisenbahn-Generaldirektion Speyer teilt mit: Der Triebwagen Koblenz-Konstanz sowie das D-Zug-Paar 171/172 Köln-Lindau und die aus dem Saargebiet kommenden Züge führen ab 1. März 1949 die 2. Wagenklasse. Mit Inkrafttreten des Sommerfahrplans ist weiterhin beabsichtigt, für die D-Züge und in geringen Umfange auch bei Personenzügen die 2. Wagenklasse einzuführen.

Einer von den vielen

Bühl. Beim Arbeitsamt Bühl wurde ein junger Mann angetroffen, der sich als Ostzonenflüchtling ausgab. Mit allerlei Lügenmeldungen versuchte er Mitleid zu erregen,

Die Lebensmittelrationen im März

Das Badische Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung teilt die für den Monat März vorgesehenen Rationen wie folgt mit:

Brot: Sgl. 2200 g. K1, K2 4650 g. Jgd.1 Jgd2 9300 g. Mehl: allgemein 1550 g. Fleisch: K1, K2, Jgd.1, Jgd.2 500 g. Fett: Sgl. K1, K2 525 g. Jgd.1, Jgd.2, E 750 g. Käse: K1, K2, Jgd.1, Jgd.2, 125 g. Nahrungsmittel: Sgl. 2250 g. K1, K2, Jgd.1, Jgd.2, E 1625 g. Kinderstärkemehl: K1, K2 250 g. Zucker: allgemein 1500 g. Fisch: K1, K2, Jgd.1, Jgd.2, E 1000 g. Trockenfrüchte: K1, K2, Jgd.1, Jgd.2, E 200 g. — Standardmilch: Sgl., K1 1/2 Liter täglich, K2 1/2 Liter täglich. Magermilch: Jgd.1, Jgd.2, E 100 g. — Für Kinder von 6—10 Jahren ist die Ausgabe von täglich 200 g Magermilch vorgesehen. Das Nahrungsmittelquantum schließt 125 g Kaffee-Ersatz ein. Für das Brot für Säuglinge kann wahlweise Weißbrot oder Mehl Type 1050 im Verhältnis 100:75 bezogen werden.

Nach einer Mitteilung des Landwirtschaftsministeriums werden nach Belieferung aller bezugsberechtigten Verbraucher mit einem Ei auf den Abschnitt 1 der Eierkarte die Ernährungsämter entsprechend den Anlieferungen je ein Ei auf Abschnitte 2 und 3 der Eierkarten aufrufen.

Die amtlichen Brotpreise

Freiburg. Nach einer amtlichen Bekanntmachung beträgt der Preis für Mischbrot aus Roggen- und Weizenmehl 42 Pf. je Kilogramm, für Weizenbrot (Mehltype 1600) 45 Pf. je kg und für Weißbrot (Mehltype 1050) 60 Pf. je kg.

Havana-Tabak in Südbaden

Offenburg. Um dem Mangel an Deck- und Umblättern abzuhelfen, soll der Tabakbau in der Ortenau und im Hanauerland auf eine Anpflanzung von Havana-Tabaken umgestellt werden. Dieser Tabak, der heute schon wieder Zuschläge bis zu 80 Prozent erhalten hat, beansprucht wenig Feuchtigkeit und eignet sich für die Züchtung auf unserem Boden.

Schafe werden „Geflügelwurst“

Mannheim. Bei einer Untersuchung der in letzter Zeit in Mannheim in ungewöhnlichem Umfang angebotenen Mengen von Ziegen-, Hasen- und Geflügelfleisch wurden erstaunliche Feststellungen über die wirkliche Natur dieser markenfremden Fleischsorten gemacht. Die früher reichlich vorhandenen Schafe kommen nunmehr als Ziegen zum Verkauf. Nachdem für Ziegenfleisch Höchstpreise festgesetzt wurden, haben sich die Schafe in Hasen- und Geflügelwurst verwandelt.

Eine ähnliche Wandlung machte das Pferdefleisch durch, das verwurstet wird und so Preise bis zu 6.50 DM je Pfund auf dem Schwarzmarkt erzielt. Nach den Speisekarten der Gaststätten zu urteilen, scheint es im weiteren Bereich der Großstadt Mannheim von Wildschweinen zu wimmeln.

Schädlingsbekämpfung im Weinbau

Der Rebschutzdienst des Staatl. Weinbauinstituts gibt bekannt: Die Vorteile der Winterbekämpfung können im Weinbau gegen die Kräuselmilbe und die Schildläuse ausgenutzt werden. Zur gleichzeitigen Bekämpfung beider Schädlinge sind emulgiertes Obstbaumkarbolinenum 6-7proz., Obstbaumkarbolinenum aus Schweröl 3-5proz. oder Dinitrokresolpräparate (Pulver 1proz., Paste 2proz.) geeignet. Die Kräuselmilbe allein sowie die Reblattgallmilbe (= Pockenmilbe) bekämpft man sicher mit Schwefelkalkbrühe 20proz., Solbar 3 bis 5proz. oder Cosan 1proz. Cosan kann noch beim Schwellen der Knospen ohne Schaden verwendet werden. Nur grünlisches Spritzen oder Pinseln, gegen die Milben insbesondere der Übergangsstellen vom alten zum einjährigen Holz und der 6-8 unteren Augen der Fruchtruten, bringt vollen Erfolg. Das beim Rebschnitt angefallene Holz sollte sobald als möglich aus den Weinbergen entfernt werden. Dadurch wird eine ganze Reihe Schädlinge ausgeschaltet. Wo das übliche Vergiften mit Schwefelkohlenstoff nicht möglich ist, verwendet man zum Schutz von Engerlingfraß Hexa-Mittel, z. B. Viton-Streumittel, Streu-Nex u. ä. Die Mittel, (1 kg je ar) werden möglichst 6-8 Wochen vor dem Pflanzen ausgestreut und eingeeggt. Durch sorgfältiges Unterbringen des alten Reblaubes bei der Bodenbearbeitung vor dem Ausstreuen werden ohne Kosten und besondere Mühe zahllose Wintersporen der Peronospora und des Roten Brenners unschädlich gemacht.

Berichtigung

Schlechter Gesundheitszustand der Arbeiter Freiburg. Unter der obigen Überschrift veröffentlichten wir in UT Nr. 25 das Ergebnis einer gewerbärztlichen Untersuchung über den Gesundheitszustand von Arbeitern. In der Zeitung heißt es, daß die Untersuchungen in der Zeit vom 1. Juli 1946 bis 31. Dezember 1948 vorgenommen wurden. Der Landesgewerbearzt macht uns darauf aufmerksam, daß sich die Untersuchungen nicht auf das Jahr 1948 erstrecken, sondern Ende 1947 abgeschlossen wurden.

Kurzarbeit in den UHU-Werken

Bühl. Die weit über Baden hinaus bekannten Uhu-Werke sahen sich veranlaßt, in ihren Betrieben Kurzarbeit einzuführen. In der erst kurz vor der Währungsreform ihre Produktion aufnehmenden Füllhalterfabrik wurden 80—100 Arbeiter davon betroffen, während in dem Tinten- und Klebstoffwerk rund 70 Arbeitskräfte durch Kurzarbeit in Mitleidenschaft gezogen werden.

Wie wir hierzu weiter in Erfahrung bringen, sind in der Füllhalterfabrik Absatzschwierigkeiten vorhanden. Diese Absatzkrise hat einen derartigen Umfang angenommen, daß künftig die dort beschäftigten Arbeitskräfte nur noch 8 Stunden in der 14tägigen Zahltagsperiode arbeiten. In dem Tinten- und Klebstoffwerk wurde die Arbeitszeit auf 25 Stunden herabgesetzt. Hier soll der Mangel an Rohstoffen die Ursache der verkürzten Arbeitszeit sein.

Es ist nicht uninteressant, zu sehen, in welchem Umfang die Wirtschaftskrise den Bezirk des Arbeitsamtes Baden-Baden bereits erfaßt hat. So meldet das Arbeitsamt Baden-Baden in seinem Monatsbericht, daß die Zahl der Arbeitslosen im Monat Februar auf 400 gestiegen ist. Im Laufe des Berichtmonats sind weitere Kündigungen ausgesprochen worden.

Auch die Zahl der kurzarbeitenden Betriebe hat weiter zugenommen und ist bis zum Monatsende auf 41 gestiegen. Die Zahl der offenen Stellen ist von 1020 auf 815 zurückgegangen. Rund 765 Arbeitskräfte suchen Beschäftigung.

Es besteht kein Zweifel, daß die Wirtschaftskrise sich weiter verschärfen wird. Wir teilen den Optimismus der amtlichen Stellen keineswegs. Der Marshallplan, mangelnde Kaufkraft der breiten Massen und Kreditwierigkeiten werden dazu beitragen, die Krise zu beschleunigen. Die Arbeitslosenziffern sind in Wirklichkeit heute

bereits bedeutend höher. Es darf nicht vergessen werden, daß sich ein großer Teil der Arbeitslosen nicht bei dem zuständigen Arbeitsamt meldet, da es bis heute immer noch keine Arbeitslosenunterstützung gibt. In diesem Zusammenhang fragen wir erneut wieder, wie lange dauert es noch, bis die Arbeitslosen endlich Unterstützung erhalten?

Folgen des Geldmangels

Bühl. Die in letzter Zeit durchgeführten deflationistischen Maßnahmen haben dazu geführt, daß vielfach Firmen nicht mehr in der Lage sind, der Arbeiterschaft ihren zustehenden Lohn auszahlen. So konnte festgestellt werden, daß die Baufirma Eugen Klemm nicht in der Lage ist, ihren Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterschaft nachzukommen. Die Erregung der Arbeiterschaft ist unter diesen Umständen durchaus begründet. Wir verstehen andererseits sehr gut, daß wenn die Firma 40 000 DM / ußenstände hat, finanzielle Schwierigkeiten auftreten müssen.

Trotzdem dürfte nach unserem Dafürhalten die Firma nicht so weit gehen, daß sie mit Entlassung droht, wenn die Arbeiterschaft ihr Recht fordert. Es muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß das Vorstelligwerden der Arbeiterschaft und des Betriebsrates weder mit Sabotage noch mit Meuterei etwas zu tun hat. Hier handelt es sich einfach darum, daß die Arbeiterschaft nicht mehr in der Lage ist, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Bei allem Verständnis für die Schwierigkeiten der Firma, raten wir ihr trotz allem, in Zukunft sich eines gemäßigeren Tones zu befleißigen.

Aus aller Welt

„Demokratische“ Kredite für Franco-Spanien
 Madrid. In Madrid wird nach einer Meldung der Londoner „Financial Times“ augenblicklich über die Gewährung amerikanischer und belgischer Kredite an das faschistische Spanien verhandelt. Der Korrespondent des Blattes schreibt, daß er darüber unterrichtet sei, daß die USA-Botschaft in Madrid einen Plan überprüfe, nach dem Spanien einen Kredit von 2 Milliarden Dollar erhalten solle. Eine belgische Bank-Gruppe beabsichtige, einer spanischen Gruppe einen Kredit von 1,5 Milliarden Pesetas zu gewähren.

Burmesische Oelfelder von Freiheitskämpfern besetzt
 London. Die Freiheitskämpfer in Burma haben nach einer Mitteilung der „Burma Oil Co.“ die bedeutendsten Oelfelder des Landes in Jenang besetzt und die Chauk eingeschlossen.

Die Verluste der Kuomintang
 Kanton. Die Kuomintang-Armee hat im letzten Monat 628 000 Mann mit wertvoller Waffenausrüstung verloren. Damit erhöhten sich die Gesamtverluste der Kuomintang auf nahezu fünf Millionen Mann. 288 000 Mann wurden von der Demokratischen Volksarmee gefangen genommen, etwa 250 000 Soldaten der Kuomintang gliederten sich der Volksarmee ein.

Zweigliedrige Politik Englands
 London. Die von General Clay erzwungene Blockade der sowjetischen Besatzungszone widerspricht den wirtschaftlichen Interessen Englands. In einem Artikel des „Daily Express“ wird erklärt, daß das Außenministerium Anweisungen gegeben habe, englische Geschäftsleute von einem Besuch der Leipziger Messe abzuhalten. Andererseits aber erteile Handelsminister Wilson neue Einfuhrlicenzen für Erzeugnisse der Ostzone. 1948 wurden trotz der Blockade Waren im Wert von 5 Millionen Pfund Sterling aus der Ostzone eingeführt. Ein neues Abkommen sehe

die Lieferung englischer Wolle für die Erzeugung von Strickgarn in der Ostzone vor. Von der Regierung wurden diese Tatsachen bestätigt.

Englischer Pfarrer über Sofioter Pastoren-Prozess
 Sofia. Der protestantische Pfarrer von Norfolk Chambers, der den Gerichtsverhandlungen gegen die fünfzehn bulgarischen Pastoren beiwohnte, erklärte nach seiner Rückreise nach England, er sei überzeugt, daß in Bulgarien, entgegen der Annahme verschiedener westlicher Kreise, völlige Religionsfreiheit herrsche und niemand wegen seiner religiösen Überzeugungen verfolgt werde. Er fügte hinzu, das Gerichtsverfahren gleiche dem Verfahren in England. Auf die Angeklagten sei keinerlei physischer oder moralischer Druck ausgeübt worden. Die Gerichtsinstanzen seien im Besitz so zahlreichen Beweismaterials über die Schuld der Angeklagten gewesen, daß diesen nichts anderes übrig blieb als sich schuldig zu bekennen. Abschließend bemerkte Pastor Chambers, viele evangelische

Geistliche in Bulgarien hätten die Tätigkeit ihrer ehemaligen Oberhäupter öffentlich gebrandmarkt.

Wirtschaftsprogramm der KPF
 Limoges. Maurice Thorez hielt in Limoges vor Zehntausenden von Landwirten eine Rede. Er definierte vor allem das Programm der Kommunistischen Partei für die Wiederaufrichtung der Landwirtschaft: Wiederherstellung des Gleichgewichtes zwischen Industrie- und Wirtschaftspreisen durch Senkung der Industriepreise. Garantie einer genügenden Bezahlung der Agrarprodukte und Wiederherstellung der Spanne zwischen Produktions- und Konsumationspreis durch Verringerung des Zwischenhandelsgewinnes und Verringerung der Steuern. Lieferung von Düngemitteln und Maschinen zu vorteilhaften Preisen. Verteilung von Krediten zu geringem Zinsfuß. Thorez sagte, daß die Kommunisten den Weg des Sozialismus dank der Verbindung des Bauern mit der Arbeiterklasse vorbereiten. Der Weg des Sozialismus ist der Weg des Fortschritts und des Glückes, derjenige des Kapitalismus ist der der Ausbeutung, des Ruins und des Krieges.

Dänischer Minister besucht den Hüllhof
 Offenburg. Der frühere Kultusminister Förensen hatte mit der Leitung der Volkshochschule und des Jugendbildungswerkes eine längere Aussprache. Förensen stattete dem Hüllhof und der Zentralbildungsstätte für die Jugend auf Schloß Ortenberg einen Besuch ab.

Ausländer vergewaltigten 24jähriges Mädchen
 Rastatt. Von zwei Wegelagerern wurde ein Mädchen, das nach Hause fuhr, angehalten. Die Männer sprachen nur gebrochen deutsch und verlangten von ihr Ausweis und Geld, das sie der Ueberfallenen abnahmen und zerrissen. Dann zerrten sie das Mädchen in einen nahegelegenen Bunker, rissen ihr die Kleider vom Leibe und steckten dem Opfer, das sie kniebelten, einen pillenähnlichen Gegenstand in den Mund, der ihr das Bewußtsein nahm. Beim Wiedererlangen ihrer Sinne mußte sie feststellen, daß man sie vergewaltigt hatte.

Rastatt. Das Gericht erster Instanz zur Aburteilung von Kriegsverbrechern sprach am Freitag den ehemaligen Bürgermeister von Einöllen, Wilhelm Zinzmeister, und den ehemaligen Ortsbauernführer Oskar Braun, angeklagt wegen Denunziation eines Polen, wegen mangelnder Beweise frei.

Rastatt. Im Rahmen der Volkshochschule findet am Mittwoch, 16. März, 20 Uhr, im Rathaussaal, ein Vortrag über „Die Entwicklung des Arbeitsrechts“ statt. Redner: Arbeitsgerichtsrat Coblenz, Karlsruhe.

Landau. Das bekannte Hotel „Bad Schachen“ wurde von der französischen Militärregierung für den deutschen Fremdenverkehr freigegeben.

Ravensburg. Der 23jährige Helmut Eberhard aus Kanzach, Gemeinde Berg, der versuchte, auf einen fahrenden Zug aufzuspringen, glitt dabei aus und kam unter die Räder. Dabei wurden ihm beide Beine abgefahren.

Südwestdeutsche Heimat-Umschau

Gründung des „Badischen Jugendherbergswerkes“

Am Freitag, 16. März, vormittags 10.30 Uhr, wird in der Jugendherberge Titisee der Verein „Badisches Jugendherbergswerk e. V.“ gegründet. Der Verein verfolgt denselben Zweck, wie der frühere Jugendherbergverband (DJH). Die Mitgliedschaft des Vereins können erwerben: Einzelpersonen, Personenvereinigungen, Stiftungen und Körperschaften, Behörden, Gemeinden, Gemeindeverbände, Schulen und wirtschaftliche Unternehmungen.

Theaterzüge zwischen Freiburg und Lörrach
 Freiburg. Die Eisenbahnverwaltung hat sich bereit erklärt, zwischen Lörrach und Freiburg Sondertriebwagen für Theaterbesucher laufen zu lassen. Abfahrtszeit in Lörrach

12.30 Uhr. Rückfahrten ab Freiburg 19 Uhr. In Weil ist Zustiegmöglichkeit. Anmeldungen für den Sonntag werden angenommen im Reisebüro Lörrach. Die Züge laufen nur bei einer Mindestzahl von 60 Teilnehmern.

Müllheim. Im Rathaussaal findet am 17. März, 9 Uhr, die öffentliche Abschlußprüfung der landwirtschaftlichen Schule statt.

Merdingen b. Freiburg. Die Maul- und Klauenseuche hier ist erloschen. Die Schutzmaßnahmen wurden aufgehoben.

Bühl. Es ist nunmehr nach langjährigen Versuchen gelungen, eine Zwetschgensorte zu züchten, deren Reife 12 Tage vor der Bühler Frühzwetschge liegt. Die neue Sorte erhielt den Namen „Bühler Vorbote“.

15. März 1949 — UNSER TAG — Nr. 31 Seite 6

Darüber freut sich jede Hausfrau!

Schürzen- und Kleiderstoff
 buntgewoben, aus soliden Baumwollgarnen hergestellt, blaugrundig
 80 cm breit Meter DM 1.90

Halbleinen-Kissenstoff
 gute, dauerhafte Qualität, dichtfädig, weiß gebleicht, sehr empfehlenswert
 80 cm breit Meter DM 3.40

Weitere sehr vorteilhafte Artikel in großer Auswahl
 Bitte besuchen Sie uns
 Der Weg nach Haagen lohnt sich für Sie immer

Textil-Manufaktur Haagen
 Wilhelm Schüpffin / Haagen

Landwirtschaftsschule Müllheim

Für die am 17. März im Rathaussaal Müllheim stattfindende öffentliche

Abschlußprüfung

der Landwirtschaftlichen Schule Müllheim, beehren wir uns hiermit alle Eltern, Schülerinnen und Schüler, sowie alle Freunde und Gönner der Anstalt herzlichst einzuladen.
 Beginn 9 Uhr, Schluß 12 Uhr. Alle „Ehemaligen“ werden aufgefordert, sich an der Abschlußfeier zu beteiligen.



Die Leistung entscheidet

Prüfen Sie selbst

1947er Pfälzer Natur-Weißwein DM 2.45 o. Gl.
 1/2 Flasche - 0,7 Ltr.
 1948er Oberhaardter Rotwein DM 2.80 o. Gl.
 1/2 Flasche - 0,7 Ltr.

Original französische
Leberpastete 1.75
 in Ovaldosen 150 Gr. Inhalt Dose DM

Blutwurst in Dosen 1/2 Dose DM 1.30
 Mischgemüse in Dosen 1/2 Dose DM 1.10
 „Sinner“ Malzextrakt 500 Gr. Dose DM 1.58

Sparsam hauswirtschaftlich heißt im Konsum kaufen!

Konsumgenossenschaft Lörrach
 e. G. m. b. H.

Werbung! Verkauf! Finanzierung!

Nicht schütten, plagen! — Sondern spielen! So sollst Du Freund, Dein Geld verdienen!
 Reisende mit Vertreterstab! — Privatverkäufer! — Ambulante! — Alle! Die nebenberuflich Geld verdienen wollen, spielen mit an der

sensationellsten Werbeaktion unserer Zeit

Parole! Sofort schreiben! Rückporto belegen! Werbematerial verlangen! Anfangen! Geld verdienen!
Werbeverkauf Urbach b. Schorndorf / Württemberg

KARL MARX

- Das Elend der Philosophie -

Im „Elend der Philosophie“ sind mit großer Vollständigkeit die historische Rolle und die Aufgaben des Klassenkampfes des Proletariats aufgezeigt. Kartoniert DM 1.80 Zu beziehen durch den Südwest-Verlag Offenburg, sowie durch sämtliche Agenturen, Geschäftsstellen und Austräger von UNSER TAG.

Hans Guck-in-die-Luft



„Seht den Hans Guck-in-die-Luft!“
 Höchst bestürzt der Krämer ruff „Viele Marken — wech ein Schaden —“
 Aus den letzten drei Dekaden sind seit heute abgelaufen, Gestern konnte man noch kaufen!“

So etwas kann nie geschehen, Wenn Sie in die Zeitung sehen, Da ein Zeitungsabonnent stets den Markenfahrplan kennt:

Wer die Zeitung abonniert, ist stets bestens informiert!

Sofort ab Lager lieferbar:
 Elektro-Herde u. Backöfen
 Elektro-Kühlschränke
 Elektro-Wäscheschleudern
 Elektro-Waschmaschinen
 Elektro-Staubsauger
 Elektro-Speisewärmer
 Elektro-Motoren
 Elektro-Kaffeemaschinen bei:
Elektro-Breig
 Villingen im Schwarzwald,
 Niederstraße 21 — Tel. 2435

FORD 4Zyl.
 TYP „Ruhr“
 3 TONNER



Lieferbar durch:
Gebr. Keller
 Engen Villingen
 280 Telefon 2080

Freiburger Veranstaltungen

UNION-THEATER

Bis Donnerstag!
 Ein Wild-Westfilm von atemberaubender Spannung — Abenteuer und Sensationen:

Das Teufelspferd

Mit dem Wunderpferd „Apache“ in der Hauptrolle. — Jugendfrei!
 Ab Freitag, den 18. März
 In Erstaufführung! Der erfolgreichste deutsche Nachkriegs-Film

BEATE

Ein spannender Gegenwartsfilm mit Elena Luber — Richard Häußler.
 Täglich: 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr. — Vorverkauf täglich ab 13 Uhr.

HARMONIE LICHTSPIELE

Bis Donnerstag!
 Versäumen Sie nicht die letzten Spieltage!
 Charles Laughton — Maureen O'Hara in

Der Glöckner von Notre Dame

Ein grandioses Zeitgemälde nach dem weltb. Roman von Victor Hugo.
 Regie: Wilhelm Dieterle
 In deutscher Sprache
 Täglich: 14.00, 16.20, 18.40 und 21.00 Uhr (außer Donnerstag)
 Ab Freitag, den 18. März:
 Der meistdiskutierte Film der Gegenwart!

Helmut Käutner's große musikalische Komödie

Der Apfel ist ab

Die alte Geschichte von Adam und Eva, neu erzählt von H. Käutner und Bobby Todd mit Bettina Molssi — Bobby Todd — Helmut Käutner — Irene von Meyendorff.
 Jugendverbot bis 16 Jahre
 Täglich: 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr. Vorverkauf täglich von 10—12 Uhr.

CASINO

Lichtspiele

Ab heute Montag bis einwoch. Donnerstag — nur 4 Tage!
 Ginger Rogers und Ronald Colman, Akademiepreisträger, als bester Schauspieler des Jahres, in der ergötlichen Filmkomödie

Glückspilze!

In deutscher Sprache! In diesem entzückenden, gelstvollen Lustspiel erleben die charmannte Ginger Rogers und der verführerische Ronald Colman ihre Flitterwochen zur Probe. Jugendfrei.

Voranzeige: Ab Freitag, 18. 3. 48: Paul Muni in der packenden Lebensgeschichte des

„Louis Pasteur“

eines der größten Wohltäter der Menschheit. Regie: Wilh. Dieterle. In deutscher Sprache! Spieltzeiten: tägl. 14.15 und 16.30 Uhr. Sonntag: 10 und 12 Uhr. Montag: 14.15, 16.30, 18.45 und 21.00 Uhr.

Verschiedenes

Bei gutem Verdienst Heimarbeit zu vergeben. Unkostenbeitrag DM 1.— bitte belegen. Zuschriften unt. S 30-167 U.T. Lörrach, Feldbergstraße 7.

Eingeführter Bezirksvertreter zum Besuch des Kolonialwarenhandels für den Verkauf erstklassiger Marken - Fußbodenpflegemittel von chem. Fabrik bei laufend guter Verdienstmöglichkeit sofort gesucht. Die Bewerbungen mit Lichtbild erb. u. AB 4-7 an Ann.-Exp. Ruetz, Stuttgart-Degerloch.

Vertreter!

Suche zur Bearbeitung der Malermeister, Farbengeschäfte und der Industrie rührige Mitarbeiter Preiswerte Qualität sichert gute Umsätze, evtl. Festanstellung bei Bewährung. Ang. an: Georg Utz, chem. Fabrik, Uim/Do.

Personen allerorts gesucht. Bezüge 300.- DM monatlich S. Böhm, Königsberg Kr. Weßlar

Wohnungstausch

Große, sonnige
3-Zimmer-Wohnung
 II. Stock, Stadtmitte in Offenburg, gegen 4-3 Zimmerwohnung am Stadtrand gesucht. Zuschriften unter 32-235 U. T. Offenburg.

Verkäufe

Eine Schreibmaschine u. 2 Paar Ski mit Stöcken und Bindungen zu verkaufen. Angebote unter 79-117 an U. T. Offenburg, Postfach 361.